

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 16939.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterringgasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interesse kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Februar. (Privattelegramm.) Die Reichstags-Commission zur Vorberathung des Identitätsantrages hat in ihrer gestrigen, um Mitternacht beendigten Sitzung die Aufhebung des Identitätsnachweises mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen.

Vom Kronprinzen.

Während die Bevölkerung ihrer Befriedigung über die besseren Nachrichten aus San Remo lebhaft Ausdruck giebt, erhebt sich zum Bedauern aller Feinsinnenden in manchen Zeitungen bez. in den Berichten derselben aus San Remo eine neue peinliche Discussion über die unerfreulichen Erscheinungen, welche in der Zeit nach der Operation allen Erwartungen zufrieden eingetreten sind. In dem Augenblick, wo diese Erscheinungen fast ganz aufgehört haben, wird der Versuch gemacht, dieselben auf ein Versehen der Aerzte zurückzuführen, die, so wird insinuiert, mit dem Luftströhrenschmitt zu lange gemarbet hätten, d. h. denselben erst vor genommen hätten, nachdem, durch die Athemnot begünstigt, schändliche Gisse aus dem Aehlkopf in die Lunge gedrungen seien.

Falls Vermuthungen dieser Art aus ärztlichen Kreisen kommen, so können dieselben nur einen Vorwurf gegen diejenigen Aerzte enthalten, welche den Kronprinzen bis zum 9. Februar allein behandelt haben. Ob dieser Vorwurf berechtigt wäre, ist eine Frage für sich; gegen die Bejahrung derselben spricht d. i. in den offiziellen, auch die Unterschrift des Prof. v. Bergmann tragenden Bulletins enthaltene Behauptung, daß der Patient kein Fieber habe. Es wäre dringend zu wünschen, daß alles vermieden wird, was die Beunruhigung über das Befinden des Kronprinzen nutzloser Weise zu vermehren geeignet ist.

Heute liegen folgende Telegramme vor:

San Remo, 23. Februar, Nachmittags. (W. T.) Der Kronprinz fühlte sich heute besser und verweilte einige Zeit auf dem Balkon der Villa Jirio.

London, 24. Februar. (W. T.) Die Königin hat gestern Nachmittag eine Depesche aus San Remo erhalten, welche eine wesentliche Besserung in dem Befinden des Kronprinzen anzeigen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. Februar.

Tirards Rettung.

Von einer solchen ist man zu sprechen berechtigt in Anbetracht der Thatsache, daß gestern alle Welt seinen Sturz erwartete und dieser Sturz nun doch ausgeblieben ist. Heute ging uns folgendes Pariser Telegramm zu:

Paris, 24. Februar. (W. T.) Die Deputirtenkammer bewilligte gestern Abend den geheimen Fonds mit 248 gegen 220 Stimmen. Tirard hatte dazu die Vertrauensfrage gestellt, wobei er die Notwendigkeit des Fonds für Vorsichtsmaßnahmen, namentlich für Spionage betonte; die Regierung könnte auf dieses Mittel nationaler Vertheidigung nicht verzichten.

Die Majorität von 28 Stimmen ist zwar nicht groß, aber groß genug, um Tirards Cabinet neuen Halt zu geben, und vor allen Dingen viel größer, als sie erwartet werden konnte. Wie sich die Majorität zusammensetzt, ist zwar nicht zu erkennen; aber zweifellos besteht sie aus einer Combination, bei welcher dem aus den Opportunisten gebildeten Kern von rechts und links beträchtliche Verstärkungen zugezogen waren.

Zweierlei Momente gereichten Tirard zum Heile: die Spaltung unter den Monarchisten und die

mangelnde Energie der Radicalen in dem Entschluß, ihn schon jetzt zu stürzen.

In einer von der Rechten gestern Vormittag abgehaltenen Versammlung wurde von der Mehrheit beschlossen, die Bewilligung der geheimen Fonds abzulehnen; von den 70 Mitgliedern der Rechten, die an der Versammlung teilnahmen, beschlossen jedoch 26, sich der Abstimmung zu enthalten. Zu der gleichen Zeit verlautete auch ferner, daß mehrere Radicals gewillt seien, sich der Abstimmung zu enthalten. Merkwürdigerweise soll Floquet selbst hierzu die Veranlassung gegeben haben. Man erzählt sich wenigstens, daß er an den nach Tirards Sturz unabdingt der Ruf zur Cabinebildung zu allererst ergangen wäre, zu der Ansicht gekommen wäre, seine Stunde sei noch nicht gekommen, und deshalb sich im letzten Augenblick bemüht habe, seine Collegen zu bestimmen, Tirards Sturz jetzt noch nicht herbeizuführen.

Die Thatsachen geben dieser Version recht und somit ist Tirard noch einmal gerettet. Noch eine Freiheit ist ihm beschieden. Möge es ihm gelingen, sich in derselben besser zu befestigen, als es bis jetzt geschehen konnte. Wahrscheinlich freilich ist es nicht, daß das jetzige Cabinet noch lange am Ruder bleibt.

Das Vorgehen Russlands in der bulgarischen Frage.

Um die Stellung Deutschlands zu bezeichnen, hat, wie in unseren heutigen Morgentelegrammen gemeldet ist, die „Nord. Allg. Ztg.“ in die Discussion über die russischen Vorschläge eingegriffen, und zwar mit der Darlegung, Russland sei berechtigt, sofort und noch ehe die Zustimmung der Congreßmäthe erfolgt sei, den Antrag, daß die Pforte die Regierung des Prinzen Ferdinand in Bulgarien für ungesehlich erkläre, in Konstantinopel zu stellen; Deutschland werde den Antrag sofort unterstützen. Diese Auffassung kann nach der Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar in keiner Weise überraschen. Dadurch soll offenbar die Sonderstellung Deutschlands in dieser Frage markirt und zugleich gegen die Vertragsmäthe eine Art moralischen Zwangs geübt werden. Freilich ist es fraglich, ob die Pforte ihrerseits dem russischen von Deutschland unterstützten Verlangen nachgeben wird, ehe die übrigen Mäthe sich demselben anschließen. Eine ablehnende Antwort wird von keiner Seite erwartet, dagegen ist unschwer vorauszusehen, daß das Vorgehen Russlands zu Verhandlungen über die weiteren Schritte der Mäthe in der bulgarischen Frage führen wird.

Zunächst scheint freilich Russland dazu noch nicht geneigt zu sein. Das geht aus dem schon in der gestrigen Abendausgabe in einem kurzen Telegramm erwähnten „Mitteiltheit“ des Petersburger „Regierungsanzeigers“ hervor. Dieses „Communiqué“ lautet nach einer ausführlicheren Mittheilung:

Um die gegenwärtige Sachlage richtig aufzufassen, ist es unerlässlich, die von der kaiserlichen Regierung ursprünglich ausgesprochene Auffassung über die bulgarische Frage im Auge zu haben. Der Berliner Tractat dient als Grundlage der in Folge allgemeinen Einvernehmen der Mäthe auf der Balkanhalbinsel eingetretene Dingeordnung. Dieser enthält die einzige internationale Garantie gegen Erschütterungen, welche für die Zukunft junger Staaten auf der Balkanhalbinsel gefährlich ist. Von diesen Gesichtspunkte aus betrachte eben die kaiserliche Regierung auch die Ereignisse, welche sich in Bulgarien seit der Abdankung seiner ersten Fürsten abwickeln. Die Ankunft des Prinzen Ferdinand von Coburg in Sofia und seine gewaltsame Aneignung der Fürstengewalt geschehen zuerst den Stipulationen des Tractats, neßwegen die kaiserliche Regierung schon damals erklärte, daß sie nicht die Absicht habe, den Prinzen als gesetzlichen Regenten Bulgariens anzuerkennen, und daß sie gleichzeitig versucht habe, auch andere Cabinets zu bewegen, sich in demselben Sinne auszusprechen. Die kaiserliche Regierung habe gegenwärtig, angesichts des allenthalben ausgesprochenen

Wunsches, dem bestehenden alarmirenden Zustande ein Ende zu setzen — ein Zustand, dessen Wurzel sich vornehmlich in der zweideutigen Lage Bulgariens versteckt — es als ihre Pflicht erachtet, einen neuen Versuch zu machen, um eine Erklärung der Mäthe herbeizuführen über die Unantastbarkeit des Tractatbestimmungen bezüglich Bulgariens und der Notwendigkeit, dasselbe auf den Weg der Gesetzlichkeit zurückzuführen. Die naturgemäße Folge einer solchen Erklärung der Mäthe müßten Vorstellungen in Konstantinopel sein, um den Sultan zu bewegen, den Bulgaren zu eröffnen, daß die Person, welche gegenwärtig den Titel des Fürsten trage, nicht gesetzlicher Regent Bulgariens, sondern ein Räuber sei. Nach der Ansicht der kaiserlichen Regierung gehörte die Initiative zu einer Gründung ohne Frage dem Sultan, dessen Rechte als Tugra durch die ungesetzliche Lage der Dinge in Sofia unmittelbar berührt werden.

Ohne der Zukunft vorzugreifen und zur Befestigung von Zweck und Absicht der Pforte die Stellung des Prinzen Ferdinand in Bulgarien als illegal bezeichnete, könnte nur ein Resultat haben, wenn die Mäthe wüßten, welche weiteren Schritte seitens des russischen Cabinets in Aussicht genommen seien. Dies sei die Auffassung der Regierung Großbritanniens, und Italien und Österreich hätten sich in gleichem Sinne geäußert.

ferner folgende Aeußerung zu dem Artikel des „Regierungsanzeigers“:

Petersburg, 24. Februar. (W. T.) Das offizielle „Journal de St. Petersburg“ sieht die getrigen Erklärungen des „Regierungsanzeigers“ als einen Beweis der versöhnlichen und friedlichen Gesinnungen Russlands an, welches nur durch moralische Autorität das Recht herstellen wolle. Russland denkt sicherlich nicht daran, die von ihm erst begründete Autonomie Bulgariens anzutasten. Die friedliebenden Mäthe müßten Russlands Bemühungen unterstützen. Die jüngst in fremden Zei tungen erwähnte russische Circularnote existiert nicht.

Was die Haltung England anlangt, so meint die „Times“, das Project, daß die Pforte die Stellung des Prinzen Ferdinand in Bulgarien als illegal bezeichnete, könnte nur ein Resultat haben, wenn die Mäthe wüßten, welche weiteren Schritte seitens des russischen Cabinets in Aussicht genommen seien. Dies sei die Auffassung der Regierung Großbritanniens, und Italien und Österreich hätten sich in gleichem Sinne geäußert.

Das Greiffenberger Wahlresultat.

Der „conservative Gedanke“ hat eine schwere Niederlage erlitten. Bei der am Dienstag vollzogenen Neuwahl für den zum Polizeipräsidienten in Frankfurt a. M. ernannten Landrat v. Röller im Wahlkreis Greiffenberg-Kammin hat der Kandidat der Conservativen, Major a. D. v. Röller, 3732 Stimmen, ein anderer conservativer Kandidat, hr. v. Normann, 1161 Stimmen und endlich der von den Liberalen als Wahlkandidat aufgestellte Göttinger Stadtpräsident Koepfli 3492 Stimmen erhalten. Am 27. Februar v. Js. bei der letzten Reichstagswahl siegte Landrat v. Röller über den freisinnigen Gegen-Candidaten mit 8276 gegen 1471 Stimmen. Die freisinnigen Stimmen haben sich demnach mehr als verdoppelt, während die conservativen um mehr als die Hälfte gesunken sind. Und das ereignet sich in einem pommerischen Wahlkreise, den die conservativen als einen ihrer Stammlande ansiehen! Herr v. Röller erzählte gelegentlich im Reichstage, er brauche bei den Wahlen nicht zu agitieren, denn die Wähler schickten zu ihm und ließen ihn fragen, wen sie wählen sollten; das genüge! In diesem Falle hat offenbar die Annahme, daß das Reichstagsmandat in der Familie der v. Röller erblich sei, die Wähler unsicher und abgeneigt gemacht. Zudem ist der Nachfolger des früheren Abgeordneten nicht der Landrat, so daß auch die Wahlbeeinflussungsmaschine nicht wirken konnte. Bei der Stichwahl wird der zweite conservative Kandidat v. Normann, der übrigens eine Kandidatur abgelehnt hatte, ausfallen. Die „Kreuzig.“ hält es für selbstverständlich, daß diejenigen, die am 21. d. Hen. v. Normann gewählt haben, weil sie für Major v. Röller nicht stimmen wollten, diesen nun doch ihre Stimme geben würden. Es handelt sich darum, dem conservativen Gedanken Ausdruck zu geben. Wenn das Blatt mit der Vermuthung, daß die Zunahme der freisinnigen Stimmen darauf zurückzuführen sei, daß Conservative, die Major v. Röller nicht wollten, lieber für den Liberalen gestimmt haben, im Rechte ist, so steht ja nichts entgegen, daß das auch in der Stichwahl geschieht.

Aber wie auch die Stichwahl ausfallen möge: an der Thatsache ist schon jetzt nicht zu rütteln, daß die Conservativen eine schwere Niederlage erlitten, die Freisinnigen einen schönen und um so bedeutungsvolleren Sieg erfochten haben, als er den Beweis liefert, daß der entschiedene Liberalismus trotz der Zeiten schwerster Bedrängnis selbst da sich kräftig emporzuschwingen vermöcht hat, wo der Boden ihm am ungünstigsten zu sein schien. Hoffen wir, daß dieser Aufführung zur

Obige Erwägungen haben die kaiserliche Regierung von Anbeginn der bulgarischen Krise geleitet und veranlaßt, schon von Haufe aus den Gedanken an die Eventualität einer Wiederherstellung der Gesetzlichkeit in Bulgarien mittels Gewaltmaßregeln abzuheben. Bei allem versteht es sich von selbst, daß bis zur Entfernung des Usurpators aus Bulgarien die kaiserliche Regierung die gegenwärtige Sachlage in diesem Lande fortgesetzt als eine ungesehliche betrachten wird, indem sie in der Überzeugung verharrt, daß in der Befestigung dieses Zustandes das beste Mittel liegt, die allgemeine Ruhe sicherzustellen.

Dieses „Mitteiltheit“ des russischen „Regierungsboten“ geht wenigstens nach wie vor von der Voraussetzung aus, daß nach Befestigung des Fürsten Ferdinand die Bulgaren sich veranlaßt sehen würden, dem „Zaren-Befreier“ die Hand zu bieten. Dazu ist indessen wenig Aussicht. Ohne positive Garantien für ihre spätere Unabhängigkeit werden die Bulgaren ihren gewählten Fürsten Ferdinand schwerlich preisgeben.

Aus Petersberg übermittelt uns der Telegraph

und seine Gattin Franziska, werden sie, nachdem sie sich beim letzten Fall des Vorhangs jährlich umarmt, eine andere Ehe führen, wie bisher? Wer glaubt das nach dem, was er in dem Stück zu hören und zu sehen bekommen hat? Dumas liebt es, die Miene eines kühnen Denkers anzunehmen, wenn er Dinge offen ausspricht und verteidigt, zu denen ein anderer sich kaum im vertrauten Zweigespräch zu bekennen wagt. So plädiert er auch hier wieder für das gleiche Recht der Frau und des Mannes. Aber was versteht er darüber? Wenn der Mann bis an den Hals in den Gumpf gerathen ist und sich darin recht behaglich fühlt, dann soll es auch der Frau freistehen, ihm nachzusteigen. Dies traurige Recht ist ihr aber nicht und nirgends bestritten worden — weil es sich, trotz aller Bestreitung mit moralischen Gründen, thathaftlich nicht nehmen läßt. Aber die Frau würde doch wahrlich nichts dadurch gewinnen, daß man ihr die dem Manne in gewissen Gesellschaftsklassen leider zugebilligte Zügellosigkeit gleichfalls gewährte. Doch genug! Es ist wohl kaum nötig, sich mit dem Thema Dumas’ ernstlich auseinanderzusetzen. Es bleibt nur noch zu constatiren, daß er die heiklen Dinge möglichst decent vorbringt und daß sein Dialog sehr sorgfältig ausgearbeitet ist und manche treffende Bemerkungen enthält.

Die Partie der Francillon kann kaum geschickteren Händen anvertraut werden, als denen unseres Gastes. Fr. Barkany war es leicht, uns glauben zu machen, daß wir nicht nur eine sehr liebenswürdige, sondern auch eine reine Frau von bravem Herzen und tüchtigem Pflichtgefühl vor uns haben. Dies mildert wesentlich den Charakter des überreiften Entschlusses, den wir sie am Schlüsse des 1. Aktes ausführen sehen. Und wenn wir sie dann sich selbst be-

schuldigen hören, so zweifeln auch wir mit ihren Freunden an die Verirrung, deren sie sich anklagt. Vortrefflich weist die Künftleria außerdem die Formen der feinen Gesellschaft mit dem Wesen holdester Frauenamuth zu verbinden und wird daher auch in dieser Beziehung den Ansprüchen der Rolle vollkommen gerecht. Die Schauspieler jollten auch gestern wieder Fräulein Barkany den lebhaftesten Beifall.

Da das Stück ganz auf Conversation beruht, so bedarf es wohl einer längeren Vorbereitung, als ihm hier werden konnte. Indessen thaten die übrigen Mitspielenden nach Kräften das Ihrige. Fr. Becker (Annette) und Fr. Ernau (Theresia Smith) verdiensten alle Anerkennung; ebenso Fr. Schwarz (Riveroles Mutter). Der Lucien des Hrn. Bach war nicht leidenschaftlich genug; der Grand-eden des Hrn. Stein hätte bei aller Leichtigkeit, welche die Rolle fordert, doch weniger burschikos sein sollen. Fr. Bing fand sich nach Kräften mit dem gealterten Liebhaber Sympath ab.

Fr. Barkany wird, wie erwähnt, ihr Gastspiel am Sonntag mit „Philippine Welser“ schließen. — In nächster Woche folgt dann das Bettech für Fr. Staudinger. Sie hat dazu das hier lange nicht gespielte Benedicte-Lustspiel „Die zärtlichen Verwandten“ gewählt. Fr. Ernst wird die Rolle des Oswald und die Damen Rose und Bendel die Partien der komischen Schwestern desselben geben. Außerdem werden die Herren Tizian und Nendorf abwechselnd zwölf Schubert'sche Müllerlieder singen, zu denen lebende Bilder gestellt werden. Es ist zu erwarten, daß Fr. Staudinger, die zu den beliebtesten und verdientesten Mitgliedern unserer Bühne gehört, die lebhafte Beteiligung des Publikums nicht fehlen wird.

Stadt-Theater.

* Das Gastspiel des Fr. Marie Barkany hat gestern unserem Publikum die Bekanntheit mit dem viel besprochenen Dumas'schen Schauspiel „Francillon“ vermittelt. Das Haus war ganz besetzt und auch heute wird der Einladung zur zweiten Aufführung voraussichtlich von vielen entzogen werden, da eine weitere Darstellung des Stücks ohne unseren Gast nicht zu erwarten ist. Das neue Stück bringt mehrfache Überraschungen. Zunächst weicht es in seinem äußeren Arrangement von den französischen sog. Gitterstücken und von denen des jungen Dumas insbesondere wesentlich ab. Man weiß, wie er und seine Collegen es verstehen, die packendsten Situationen ohne Rücksicht auf das mehr oder minder Peinliche derselben mitten in die Scène zu stellen und namentlich für effectvolle Aktschlüsse zu sorgen. Das ist hier absichtlich vermieden. Was das letztere betrifft, so endigen die beiden ersten Akte des dreigliedrigen Stücks vollständig farb- und klanglos. Es ist das eine gesuchte Nachahmung der Wirklichkeit. Dieselbe Absicht tritt auch in der Art hervor, wie das Kommen und Gehen der Personen und ihr gesamtes Benehmen auf der Scène angeordnet sind. Es soll damit augenscheinlich eine getreue Copie des Lebens, wie es ist, ohne jede Veränderung, wie sie sonst im dramatischen Interesse verlangt wird, gegeben werden. Dumas hat in seinem Werk eine bittere Satire auf die vornehme französische Gesellschaft geschrieben, ist aber zugleich bestrebt gewesen, den satirischen Charakter möglichst zu verbergen und den Schein zu erregen, daß er uns jene Gesellschaft genau so zeigt, wie sie wirklich lebt, denkt, spricht und sich bewegt. Daher jenes Bemühen um

guten Vorbedeutung werde für die Zukunft, an der wir nie verzweifelt haben.

Die Dauer der Landtagssession.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses wird erst am 12. März stattfinden, da an den Schluss der Landtagssession vor Ostern ohnehin nicht zu denken ist. Nachdem gestern Abend die Schulstenscommission als eine Folge ihrer Beschlüsse eine Änderung des Art. 25 der Verfassung in Vorschlag gebracht hat, kann der Schluss der Landtagssession frühestens am 10. Mai erfolgen.

Das Schullastengesetz.

Die Commission für das Schullastengesetz hat bekanntlich beschlossen, die Staatsbeihilfe für einen alleinstehenden, sowie für einen ersten ordentlichen Lehrer auf 400 Mk. (wie die Vorlage) festzusetzen, dagegen die Beihilfe für andere ordentliche Lehrer von 200 auf 300 und für eine Lehrerin von 100 auf 200 Mk. zu erhöhen. Bei einem Hilfslehrer beträgt die Beihilfe 100 Mk. Diese Beschlüsse ziehen eine Mehrausgabe von 2 Mill. Mk. nach sich. Der Finanzminister v. Scholz erklärte vorgestern Abend auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums, dieser Erhöhung nicht zustimmen zu können, und befürwortete nachträglich den in der ersten Lesung abgelehnten Antrag Weber (Halberstadt) und Geyffardt (Magdeburg), den Ausfall durch Erhöhung des Staatsanteils an den Einnahmen aus den Getreide- und Viehzöllen zu decken (lex Huene). Die Mehrheit der Commission lehnte eine nochmalige Beratung dieser Frage ab.

Über den Schluss der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs berichtete die Erleichterung der Volkschullasten berichtet die freiconservative „Post“:

„Die Sitzung war augenscheinlich von dem Bestreben beherrscht, für die von den Conservativen beantragte theilweise Beibehaltung des Schulgeldes eine aus diesen und dem Centrum bestehende Mehrheit zu sichern. Es wurde daher alles angenommen, was den Wünschen des Centrums entsprach, alles abgelehnt, was dessen Missfallen erregte. So wurde die Verfassungsfrage im Sinne der Windthorff'schen, im Jahre 1885 von dem Abgeordnetenhaus abgelehnten Interpretation des Artikels 25 der Verfassung gelöst und der Antrag auf baldige Vorlegung des Schuldotationsgesetzes auf der Basis des verfassungsmäßigen Gemeindeprincips abgelehnt. Die gesetzten Beschlüsse liegen daher insoweit ganz in der Richtung des Windthorff'schen Ansturmes auf die Volkschule preußischen Rechts.“

Nach dieser Einleitung musste man die Mitteilung erwarten, daß die Parteigenossen der „Post“ wie ein Mann gegen ein so gefährliches Gesetz gestimmt hätten. Davon ist aber keine Rede. Bei der Schlafabstimmung hat Frhr. v. Jedlik sich der Abstimmung enthalten; die übrigen Freiconservativen stimmten mit den Deutschconservativen und dem Centrum gegen die National-liberalen und die Freisinnigen.

Die Belastung der Städte.

Die Bedeutung des Gesetzentwurfs betr. die Kosten kgl. Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, der soeben an das Abgeordnetenhaus gelangt ist, wird in der Begründung dahin angegeben: Die Theilung der Kosten der Polizeiverwaltung in persönliche und fachliche wird aufgegeben. Der Staat übernimmt sämtliche Ausgaben und erhebt alle mit der Polizeiverwaltung verbundenen Einnahmen. Die Stadtgemeinden tragen zu den Ausgaben einen jährlichen Beitrag von der Hälfte in Form eines Pauschalquants bei und nehmen in gleicher Verhältnis an den aufkommenden Einnahmen Theil. Der Staat und die Gemeinden haben die ihnen gehörigen, für die Zwecke der königlichen Polizeiverwaltung bestimmten Grundstücke und Gebäude auch fernerhin unentgeltlich herzugeben. „Diese Grundsätze“, so wird hinzugefügt, ermöglichen die Erleichterung der Staatskasse durch stärkere Heranziehung der Gemeinden zu den Kosten der Polizeiverwaltung, indem sie gestatten, die von den Gemeinden zu zahlende Quote so hoch festzusetzen, daß dieselbe einen höheren Betrag ergibt, als die jetzt von den Gemeinden effectiv zu zahlende Summe der fachlichen Kosten der Polizeiverwaltung.“ Zur Zeit bestehen kgl. Polizeiverwaltungen in 21 Städten. In denselben beträgt der durchschnittliche Jahresbetrag der Ausgaben 12 531 239 Mk. Davon haben bisher bezahlt der Staat 10 690 718 Mk., die Städte 1 840 521 Mk.; in Zukunft werden bezahlen Staat und Städte je 6 265 620 Mk.; die Stadtgemeinden also mehr 4 425 098 Mk.

Eine Spur von Rechten wird hierfür den Städten natürlich nicht eingeräumt. Es ist eben so, wie wir gestern an anderer Stelle sagten: immer mehr Lasten, immer weniger Rechte für die bürgerlichen Gemeinden.

Die Zuckerconferenz.

Wie aus London von gestern Abend telegraphiert wird, gab gestern im englischen Unterhause der Unterstaatssekretär Worms die Erklärung ab, er hoffe, daß die Zuckerprämiens-Conferenz am 5. April d. J. in London wieder zusammenentrete. Die günstige Aufnahme, welche seine Mittheilungen bei den ausländischen Regierungen gefunden hätten, ermutigte ihn zu der Hoffnung auf Erreichung eines befriedigenden Resultats.

Der Prozeß Wilson.

Neigt sich seinem Ende zu. Einer telegraphischen Nachricht aus Paris folge hielt gestern der Vertheidiger Lente sein Plaidoyer. Derselbe führte aus, daß kein Beweis dafür erbracht worden sei, daß Wilson jemals Geld erhalten habe. Die Bittsteller, welche sich an Wilson gewendet hätten auf Wilsons Zeitungen subscibirt, weil sie gewußt hätten, wie sehr Wilson die Propaganda für die republikanische Sache sich angelegen sei lasse. Die ungerechte gerichtliche Verfolgung Wilsons sei angestrengt worden unter dem Druck der öffentlichen Meinung und aus Gründen der Politik. Der Vertheidiger wies schließlich, unter Beispielen bezeugungen des Publikums, auf den Schmerz und Kummer hin, der dem früheren Präsidenten Grevy durch das Vorgehen gegen Wilson bereitet worden sei. — Ueber das Weitere berichtet folgende Depesche.

Paris, 24. Febr. (W. T.) Das Urtheil im Prozeß Wilson ist auf acht Tage verlängert.

Bankows „Nationalregierung“.

Wie man der „Pol. Corr.“ schreibt, wird in Kreisen der bulgarischen Emigration bestimmt behauptet, daß es der Partei Bankow gelungen sei, eine „geheime Nationalregierung“ in Tarnowa zu begründen, welche über eine Reihe anderer geheimer Comites in Bulgarien, die ihr als Executiv-Organe dienen, verfüge und in direkter Verbindung mit den außerhalb Bulgariens befindenden Agitationstellen stehe. Der Gewährs-

mann übermittelt jedoch die Nachricht, ohne für deren Richtigkeit eine Verantwortung übernehmen zu wollen, da sie möglicher Weise bloß auf Beunruhigung der Gemüther in Bulgarien zu rechnet sein dürfte, und wir schließen uns dieser Reserve vollständig an.

Die Berathung der Identitäts-Commission.

□ Berlin, 23. Februar, Abends.

Heute Abend hat die Identitäts-Commission des Reichstags die Specialberathung begonnen. Es lagern dazu eine Reihe von zum Theil sehr wichtigen Anträgen vor.

I. v. Wedell-Malchow. Die Commission wolle beschließen:

1. In Nr. 1 den letzten Satz zu streichen. (Der selbe lautet: Für Waaren der bezeichneten Art, welche zum Absatz entweder in das Zollausland oder in das Zollland bestimmt sind, können solche Transfälger bewilligt werden.)

2. Nr. 1a zu fassen wie folgt: Für die in Nr. 9a, b, c, d des Tarifs (Gebiete etc.) aufgeführten Waaren wird bei der Ausfuhr der für die Einfuhr zu erhebende Zoll mit einem Abschlag von 10 Proc. baar vergütigt; bei der Einfuhr muß der Zoll baar entrichtet werden. Der Ausfuhr der Waare steht die Niederlegung derselben in einer Zollniederlage unter amtlichem Verschluß gleich.

II. v. Flügge, Frhr. v. Mirbach, v. Wedell-Malchow, v. Puttkamer-Plauth, Wüsing, Broemel. Die Commission wolle beschließen:

Nr. 1 und Nr. 1a des Antrages in § 7 des Zollgesetzes den Worten: „Für die in Nr. 9a, b, c“ hinzufügen: „d.“

III. v. Puttkamer-Plauth, Hoffmann (Königsberg). Die Commission wolle beschließen:

Der Nr. 1a folgende Bestimmung hinzuzufügen: Die übertragbaren Einfuhrvollmachten kommen auch zur Anwendung bei der Ausfuhr vom Transfälger, wenn dieselbe an gemischter oder ungemischter Waare den Zugang ausländischer Waare zum Transfälger überschreitet.

IV. v. Flügge, v. Puttkamer-Plauth, Hoffmann, Holz-Robbe, Woermann. Die Commission wolle beschließen:

Der § 7 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (nach der Redaktion vom 24. Mai 1885) wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

1. Bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Buchweizen, Hülsenfrüchten, Kaps und Rübsaat werden, wenn die Menge der einzelnen Fruchtarten 500 Kilogramm erreicht, auf Antrag der Befähigten übertragbare Einfuhrvollmachten ertheilt, welche den Import erlauben innerhalb einer vom Bundesrat zu bestimmenden, mindestens auf sechs Monate (Abg. Hammacher beantragt hier das Amendum: neun statt sechs Monate zu setzen) festzuhaltenden Frist die gleiche Menge der nämlichen Fruchtarten — was Hülsenfrüchten betrifft, der nämlichen Art von Hülsenfrüchten — ohne Zollentrichtung einzuführen.

Derartige Einfuhrvollmachten werden auch den Inhabern von Getreide- und Delmühlen, Preßhäusern, Malz- und Akatesfabriken bei der Ausfuhr von Mühlfabrikaten aus Getreide etc. der Nr. 9a, b, c, d des Zolltarifs bzw. von Preßhäusern für die der Ausfuhr entsprechende Menge von Getreide bzw. Delfrucht ertheilt. Über das hierbei in Rechnung zu stellende Ausfuhrerhältlichkeit, sowie über die Gültigkeitsdauer der Einfuhrvollmachten trifft der Bundesrat Bestimmung.

Abstimmungen zur Ausfuhr mit Anspruch auf Erleichterung einer Einfuhrvollmacht finden nur bei dem vom Bundesrat zu bestimmenden Zollstellen statt.

2. Für die in Nr. 9 des Zoll-Tariffs aufgeführten Waaren, wenn sie ausschließlich zum Absatz in das Zollausland bestimmt sind, werden Transfälger ohne amtlichen Zollverschluß, in welchen die Behandlung und Umpackung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung und die Mischung derselben mit inländischer Waare zulässig ist, mit der Maßgabe bewilligt, daß die aus dem Lager in das Ausland übergehende Waare, soweit sie den Zugang ausländischer Waare zum Lager nicht überschreitet, als zollfrei Durchfuhr anzusehen, im übrigen aber als Ausfuhr aus dem freien Verkehr zu behandeln ist.

Für Waaren der bezeichneten Art, welche zum Absatz entweder in das Zollausland oder in das Zollland bestimmt sind, können solche Läger mit der ferneren Maßgabe bewilligt werden, daß die aus dem Lager in den freien Verkehr des Zolllandes übergehende Waare, soweit dieselbe den Zugang inländischer Waare zum Lager nicht überschreitet, als zollfrei inländische Waare angesehen wird.

3. Unverändert wie Nr. 2 des Antrags Ampach.

4. Den Inhabern von Delmühlen wird für die Ausfuhr der von ihnen gefertigten Delmfabrikate mit Ausnahme von Rübsa (Tafel 1, Abh. 2) eine Erleichterung dahin gewährt, daß u. s. w. wie 3 des Antrags Ampach.

5. Im Sinne obiger Bestimmungen steht der Ausfuhr der Waaren die Aufnahme derselben in eine öffentliche Niederlage oder ein Transfälger unter amtlichem Zollverschluß gleich. Von der Aufnahme auf ein solches Lager sind jedoch Waaren, welche auf einem reinen Transfälger für Getreide (Nr. 2 Abh. 1) gelagert haben, ausgeschlossen.

6. Die näheren Anordnungen, insbesondere auch über die Mindestqualität der auszuführenden Waaren und die an die Lagerinhaber zu stellenden Anforderungen, trifft der Bundesrat.

7. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1888 in Kraft.

Es entspann sich eine längere Discussion. Das Centrum blieb bei seiner ablehnenden Haltung. Der Abg. Triesen (Sachsen) sprach gegen, die Abg. Hammacher, v. Mirbach, Broemel für Aufhebung der Identität. Bei Abgang der Post hatte noch keine Abstimmung stattgefunden. (Vergl. dieselbe vorn unter den Telegrammen. D. Red.)

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 23. Februar.

Die Berathung des Staats der Eisenbahndienst wird fortgesetzt.

Abg. Uhldendorff (freil.): Die Alagen der Landwirthe des Ostens über die zu großen Kosten der Beförderung ihrer Produkte nach dem Westen sind nicht ganz berechtigt. Die Wasserfracht z. B. würde pro Tonne nur 21 bis 22 Mk. ausmachen gegenüber einer Eisenbahnfracht von 48 Mk. Warum wollen die Herren den Wasserweg nicht benutzen?

Abg. Hammacher (n. l.): Ich möchte für die Zukunft vorschlagen, den ganzen Eisenbahnetz einer besondern Commission zu überweisen. Bei meinen Freunden haben die Berechnungen der Eisenbahnüberbrücke seitens des Ministers den Irrthum hervorgerufen, als ob diese 284 Millionen nur wirklich zu Abschreibungen verwendet worden sind. Die Wirklichkeit ist nur der kleinere Theil zu Amortisation oder, was wirtschaftlich passabel ist, zum Bau von neuen Bahnen verwendet worden. Ich halte es nun für dringend notwendig, an Stelle der Garantien von 1882 Bestimmungen zu sehen, welche eine effektive Schuldentlastung und zwar in der Minimalhöhe der Erträge der Eisenbahn einführen. Neben wendet sich dann gegen die gefürchteten Auslastungen des Grafen Sanitz; die Landwirthe sollten den Leuten, welche ihnen die Converthung ihrer Pfandbriefe erleichtert, ihnen also einen Vortheil zugemessen haben, nicht mit solchen hämischen Auseinandersetzungen begegnen, wie es gestern geschehen ist. Der aus den Getreidezölle entstandenen oder durch dieselben wenigstens verschärften Notthlage der Landwirtschaft im Osten kann eine Ermäßigung der Getreidezölle nicht abhelfen, weil dadurch nur die Landwirthe im Westen geschützt würden. Die Landwirthe waren es, die sich im Landesdienstbaurathrethe die vom Osten gewünschten Frachtmäßigungen ausge-

sprochen haben. Was Ihnen im Osten allein helfen kann, ist die Befreiung des Identitätsnachweises. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Berger bedauert, daß man auf den Staatsbills noch nicht über direkte Bills und direkte Gepäckabfertigung für alle Staatsbahnhäfen eingereicht habe; das Rauchwesen müsse dahin geregelt werden, daß man das Rauchen nicht als den normalen Zustand der Deutschen betrachte. Auch im Restaurantswesen könne manches verbessert werden.

Minister Manthey: Es wird nach Möglichkeit auf die Vermehrung der direkten Bills hingearbeitet werden. Die Rauchfrage wird sehr verschieden beurtheilt, es scheint mir aber fast, als wenn die Mehrheit der Reisenden doch zu den Rauchern gehört. Die Sache ist jetzt dem Reichs-Eisenbahnamt unterbreitet worden. Die Bahnhofsrestaurationen werden bei den Betriebsämtern vergeben; es muß ein Wirth ausgeführt werden, der Garantien für gute Wirtschaftheit bietet. Die Preise werden festgestellt; wenn man nicht zufrieden ist, soll man sich nur ruhig im Beschwerdebuch beschweren.

Damit schließt die Debatte. Titel 1 und 2 werden genehmigt; über die von Vertretern mehrerer Städte, von Vorstädten landwirtschaftlicher Vereine sowie von Kaufleuten aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern und Schlesien wegen Ermäßigung der Getreidezölle eingereichten Petitionen geht das Haus zur Tagesordnung über.

Bei Tit. 9 „Unterföhungen an Arbeiter“ bringt

Abg. Rickert die Verhältnisse der vor 2 Jahren ins Leben gerufenen Pensionskasse der Betriebsarbeiter der Eisenbahnen zur Sprache. Diese wohlthätige Einrichtung habe den Manager, daß den Mitgliedern die frühere Dienstzeit nicht angerechnet werde bei Bemessung der Pension, wie dies z. B. in Bayern bei der nach preuß. Muster gegründeten Kasse der Fall sei. Er hoffe, daß darin noch eine Änderung eintrete. Besonders hart treffe die jetzige Bestimmung die Frauen, die auf Grund des Regulativs von 1873 bei der Billsausgabe ic. beschäftigt seien und die nicht zur Kategorie der Beamten gehören. Sie würden, wenn ihnen die frühere Dienstzeit seit 1873 nicht angerechnet werde, nicht den Vortheil von der Kasse haben, daß sie im Alter vor Roth geschäftsfähig seien. Er hoffe, man werde eine Änderung des Statuts vornehmen, eventl. bitte er die Gründe mitzuteilen, welche davon abhalten könnten, dem Vorrange von Bayern zu folgen.

Geh. Rath Dürrer bemerkt, daß die Frage, ob den Eisenbahn-Telegraphisten beim Eintritt in die neuen Eisenbahnarbeiter-Pensionskassen die bisherige Dienstzeit angerechnet werden soll, noch erörtert werde.

Die weiteren Debatten beziehen sich auf eine Anzahl lokaler Wünsche und Beschwerden. Der Eisenbahnen-Stadt wird schließlich bewilligt.

Nächste Sitzung: Breitweg.

Reichstag.

44. Sitzung vom 23. Februar.

Die zweite Berathung des Staats wird fortgesetzt. Beim Einnahmetitel „Zuckersteuer“ des Speialetafs der Zölle und Verbrauchssteuern bemerkt auf eine Anfrage des Abg. Duvalleur (n. l.) der

Geh. Rath Boccius, daß die Eingabe der Kaufmannschaft zu Magdeburg, wonach für die Erleichterung des Zuckerkopfes dem Zucker beim Verlassen der Fabrik Declarationen mitgegeben werden sollen, die ohne Vorführung der Waare selbst auf andere Garanten übertragbar sind, noch der Prüfung unterliegt. Jedoch wird diese Erleichterung gewährt werden, die sich mit den in Betracht kommenden Interessen vereinigen läßt.

Abg. Witte (freil.) dankt der Regierung für das Vor gehen zur Regelung der Zuckersteuerfrage unter Belehrung der Exportprämien. Schon auf der ersten internationales Konferenz hätten die Bevollmächtigten Deutschlands Bedeutendes erreicht.

Abg. Witte (freil.) dankt der Regierung für das Vor gehen zur Regelung der Zuckersteuerfrage unter Belehrung der Exportprämien. Schon auf der ersten internationales Konferenz hätten die Bevollmächtigten Deutschlands Bedeutendes erreicht.

Beim Titel „Branntweinsteuer“ führt

Abg. v. Mirbach (cons.) aus, daß die neue Branntweinsteuergesetz bis jetzt für die Landwirtschaft nur Schaden gebracht habe. Nicht aus agrarischer Begehrlichkeit, sondern in finanzieller Interesse des Reichs habe die Landwirtschaft trock schwerer Bedenken dem Gesetz zugesetzt.

Von den Prophesien der liberalen Presse, von dem 34 Millionen Gefahren für die Schnapsbrenner sei nichts eingetroffen; besonders die kleinen Brennereien hätten unter den Bestimmungen des Gesetzes trock der correcten Contingentierung zu leiden. Die Einschränkung, welche sich die Brenner des Ostens in Folge der Gestaltung der Preisbildung und der Absatzverhältnisse haben auferlegen müssen, hat sich als viel umfangreicher herausgestellt, als irgend vorausgesehen werden konnte; das Quantum der Kartoffeln, welches gebaut ist und nicht gebrannt werden kann, ist enorm, und nur die Ermäßigung der Tarife kann hier helfen, damit es ermösigt wird, die Kartoffeln zu exportieren oder nach dem Westen zu schicken. Das sind die Begünstigungen der Branntweinbrenner! Im speziellen bitten Redner um milde Handhabung der Gesetzesbestimmungen bezüglich der Steuercreditirung. (Beif. rechts.)

Abg. Witte (freil.): Den Wünschen des Vorredners in Beziehung auf die Ausführung des Gesetzes kann ich mich nur anschließen. Was aber unsere von jener gegen das Gesetz vorgebrachten Ausstellungen anbetrifft, so scheint er von deren Richtigkeit doch selber auch jetzt noch nicht überzeugt zu sein. Er kann uns doch nicht überzeugen, daß er und seine Freunde nur Tiefstellung der Reichsfinanzen dieses Gesetzes gemacht haben, vielmehr lag bei Ihnen die Absicht vor, einen großen Gewinn zu machen, und Sie allein tragen die Verantwortlichkeit. Die Ausführung des Gesetzes, wie sie jetzt gehandhabt wird, ist unmöglich; es wird überall eine große Unzufriedenheit entstehen, daß eine Änderung eintreten muß. (Sehr richtig!) Eine Änderung entsprechend allen berecht

der Geschworenen in Moskau in dem von der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ angestrengten Prozesse. Bekanntlich habe der Staatsprocurator die Cassation dieses Urtheils beantragt. Im übrigen würde durch die im Betriff der Verpflichtung zu Zahlungen in Gold vorgeschlagenen Maßregeln, deren rein juridische Tragweite man hier und im Auslande noch nicht vollständig kenne, das Publikum im Auslande vielfach beunruhigt. Anlässlich des Gerüchts von einem großen, neuen Fallissiment in Petersburg wird in dem Börsenbericht constatirt, daß davon hier absolut nichts bekannt sei. — Nach der Darlegung im „Journal de St. Petersburg“ ist die „Victoria“ eine deutsche Gesellschaft, welche durch die Post beförderte, nicht declarirte Wertpapiere verfürt. Vor einigen Monaten ging ein Paket mit 120 000 Rubelen in Wertpapieren, welches nach Moskau adressirt war, verloren und die Gesellschaft „Victoria“ mußte den Absender entschädigen, der anstatt den Inhalt bei der Post anzugeben, ihn bei der Gesellschaft versichert hatte. Indessen wurde constatirt, daß drei niedere Postbeamte das Paket entwendet hatten. Vor das Gericht in Moskau gestellt, wurden dieselben vor einigen Tagen auf eine mehr nach der politischen als der juristischen Seite hinneigende Vertheidigung freigesprochen. Das „Journal“ fügt hinzu, die Blätter der beiden Hauptstädte hätten einmuthig gegen diesen befremdlichen Urtheilspruch protestirt.

Petersburg, 23. Februar. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern den General v. Werder. Derselbe war gestern auf einem Balle bei dem Großfürsten Wladimir, welchem auch die Majestäten beirohnten.

(W. L.)

Am 25. Febr. Danzig, 24. Febr. M.-A. b. Tage, G.-A. 7.4. u. 5.24.

Wetterausichten für Sonnabend, 25. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Veränderlich wolkig, zum Theil bedeckt mit Niederschlägen, zeitweise ausklarend bei mäßigen bis frischen und starken Winden mit zunehmender Temperatur. Vielsach Nebel.

* [Der Sommerfahrrplan] für die preußischen Bahnen tritt auch in diesem Jahre erst am 1. Juni in Kraft. Soweit durch den im Mai beginnenden und namentlich durch das diesmal in den Mai fallende Pfingstfest hervorgerufenen stärkeren Verkehr die Vermehrung der Züge geboten erscheint, sollen die üblichen besonderen Zugverbindungen wie in früheren Jahren schon vor Beginn des Sommerfahrrplans eingerichtet werden.

* [Bon der Weichsel.] Der sehr bedeutende Schneefall und die große Kälte der letzten Tage sind auch dem Fortschreiten der Eisbrecherarbeiten recht hinderlich gewesen. Die Mündung ist zwar frei von Eis, aber bei Bohnsack hat sich das Eis zusammengeschoben und eine neue Eisecke gebildet, so daß die oberhalb losgesprengten Eisschollen nicht abschwimmen können. Zwei Eisbrechdampfer, die sich glücklicher Weise an der Mündung befinden, müssen nun die Sprengarbeit wieder hier unten beginnen. Der jetzige Nordostwind, welcher gegen die Mündung drückt, ist natürlich dem Sprengungswerk ebenfalls nicht günstig. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3.46 resp. 3.40 Meter.

* [50 jähriges Dienstjubiläum.] Der Vorsteher der Forstkultakur bei der hiesigen Regierung, Herr Rechnungsraath Venske, feiert heute sein 50 jähriges Dienstjubiläum. Derselbe trat im Jahre 1838 bei der Artillerie in Köln ein und ist seit 1851 bei der hiesigen kgl. Regierung beschäftigt. Im vergangenen Jahre erhielt derselbe den Titel „Rechnungsraath“. Heute Morgen 9 Uhr wurde dem Jubilar von Collegen ein Morgen gesang dargebracht, um 10½ Uhr überbrachten Herr Rechnungsraath Wehel und Herr Forstmeister Schulz dem Jubilar die Glückwünsche der kgl. Regierung und hierauf überreichten seine Collegen, vertreten durch eine Deputation von drei Herren, ein wertvolles Photographie-Album, welches hierzu in einer Berliner Fabrik angefertigt ist, nebst den Photographien seiner jetzigen und früheren Collegen. Da der Jubilar bereits seine Pensionierung nachgesucht hat, so findet ein Diner an dem Tage des Auscheidens statt.

* [Der Unfallentstehung.] Das berufsgenossenschaftliche Schiedsgericht zu Danzig beschäftigte, wie s. J. mitgetheilt ist, kürzlich ein Unfall, den ein Arbeiter in Hammerstein erlitten hatte. Derselbe war mit der rechten Hand in das Getriebe einer Gängemühle geraten und hatte dabei die Finger bis auf den Daumen verloren. Die Norddeutsche Holzüberfugsgenossenschaft nahm an, daß durch diese Verletzung die Erwerbsfähigkeit des Betreffenden um 60 Proc. vermindert sei, und setzte demgemäß die Rente fest. Auf die Klage des Verletzten erhob das Schiedsgericht zu Danzig die Rente auf 75 Proc. Auf den Recurs der Genossenschaft hat nun das Reichsversicherungsamt diese Entscheidung aufgehoben und die Feststellung der Genossenschaft bestätigt, da mit Rücksicht auf die Unverehrtheit der linken Hand und die Unterstüzung derselben durch den rechten Handstumpf und Daumen 40 Proc. der Erwerbsfähigkeit noch vorhanden seien.

* [Viertags-Concert.] Die günstige Aufnahme, welche das Concert der 13-jährigen Pianistin Hanna Marie Hansen am Dienstag gefunden hat, die Veranstalter des Concerts veranlaßt, übermorgen (Sonntag) noch eine Matinee im Apollosaal zu geben, für welche neben Fr. Katharina Brandstäter, die wieder durch Lieder vorträge erfreuen wird, auch Fr. Bendig Großheim sich und seine gern gehörte Freunde bereitstellt. Zur Verfüzung gestellt hat Fr. Großheim wird u. a. im Verein mit den jungen Concertgeberin die F-dur-Sonate von Beethoven spielen.

[Polizeibericht vom 24. Februar.] Verhaftet: 10. Odbachse, 3. Beitrunkene, 4. Dörnen. — Gestohlen: 1 goldene Halskette, 1 Winterüberzieher. — Verloren: 1 Portemonnaie mit Inhalt; abgezogen gegen Belohnung bei Frau Anna Niedel, Heil. Geistgasse 85 I.

Gefunden: 1 Stubenhüfslüssel, 1 Notizbuch, 1 Schlüssel, 1 Haushüfslüssel.

* Der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Matthes ist von Ostrowo nach Marienburg, der Gerichtsscretär Titius in Neumark als Rendant der Amtsgerichtskasse nach Strasburg, der Gerichtsscretär Stach in Tuchel als Gerichtskassen-Rendant nach Neumark und der Gerichtsscretär Lazarowicz von Lauenburg nach Tuchel verfehrt worden.

3. Marienwerder, 23. Februar. Die Rechnung über die Elementarlehrer-Witwen- und Waisenkasse des Regierungsbezirks Marienwerder für das Rechnungsjahr 1886/87 wird jetzt veröffentlicht. Die Rechnung balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 117 189 Mk. 70 Pf. u. a. wurden durch Stellenbeiträge 30 150 Mk. 46 Pf. durch Gesellschaftsbeiträge 22 787 Mk. 88 Pf. durch Gesellschaftsbeiträge 7 287 Mk. 83 Pf. ausgebracht. Die Kasse erforderte einen Staatszuschuß von 31 279 Mk. 20 Pf. Das Vermögen des Fonds beläuft sich auf 22 782 Mk. 17 Pf. Der Bericht ist vielleicht im gegenwärtigen Augenblick, wo die Aufhebung der Witwen- und Waisenkassenbeiträge auch für die Lehrer in Erwägung steht, von besonderem Interesse.

* Der Rechtsanwalt und Notar Kallenbach in Ronit hat nach dem „Kon. Tagebl.“ seine Amtsernennung konstituiert. Es wurden die Herren Kreisrichter-Schreibermann zum Vorsitzenden, Gymnasial-

lehrer Dr. Krüger zu dessen Stellvertreter, Rector Landmann zum Schriftführer und Kämmerer Jander zum Kassirer ernannt.

9. Thor., 23. Februar. In der gestrigen Sitzung des Stadtverordneten wurde über den Ausbau des Artushofes (Stadttheater) berathen. Wie mitgetheilt, hat Herr Stadtbaurath Rehberg dazu mehrere Pläne entworfen. Herr Bürgermeister Bendertheile mit, daß der Magistrat mit der Steuerbehörde in Unterhandlung wegen Ankaufs des neben dem Artushof belegenen fiskalischen Grundstücks getreten sei, damit dies event. beim Ausbau mit verwendet werden könnte. Mit Rücksicht darauf vertrat die Versammlung die Angelegenheit 4 Wochen, erfuhr jedoch den Magistrat, nur solche Projekte für den Umbau ins Auge zu fassen, nach welchen unten ein größeres Restaurant und oben Gesellschaftssäle zur Ausführung kommen. Ferner wurden von der Versammlung schärfere Bestimmungen über die Untersuchung des vor äußerst eingeführten Fleisches im Schlachthause genehmigt.

Lauenburg, 23. Februar. Hier circulirt gegenwärtig eine Petition an den Eisenbahminister, in welcher um Errichtung einer Eisenbahnlinie von Gartheus nach Lauenburg gebeten wird.

* Königsberg, 23. Februar. Ein Brandungslück, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich gestern Nacht auf der hinteren Vorstadt ereignet. Es war dagegen in einem dreistöckigen Hause die durch alle Etagen führende hölzerne Treppe in Brand geraten. Da somit den Bewohnern der Aussang abgeschnitten war, suchten sich dieselben durch Herablassen und Springen aus dem Fenster zu retten. Hierbei erlitten ein in der dritten Etage wohnender Bernsteinarbeiter und dessen 4 jähriges Kind so schwere Verletzungen, daß beide bald darauf starben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Danziger Socialistenprozeß.

Heute Vormittag 10 Uhr wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Zunächst wurde der von dem Angeklagten Habel als Zeuge vorgeschlagene Breitschneidermeister Feber vernommen, welcher bekundete, daß er dem Angeklagten verschiedene Male Geld geliehen habe und daß es möglich sei, daß er ihm solches vor etwa einem Jahre zur Bezahlung von Flugblättern gegeben habe. Habel behauptet, daß seine Verhältnisse es ihm wohl gestatteten, die Kosten der von ihm bestellten Flugblätter im Betrage von 95 Mk. aus eigenen Mitteln zu bestreiten, ohne daß es dazu der Verbindung mit Parteigenossen bedurfte.

Es folgte hierauf das Plaidoyer des Staatsanwalts, welcher hervorholte, daß sich bei der diesmaligen Verhandlung keine Beweise ergeben haben, daß die Angeklagten nach § 129 des Strafgesetzes (geheime Verbindung zum Zwecke der Verhinderung von Maßregeln der Verwaltung oder der Gesetze „durch ungeheiliche Mittel“) zu verurtheilen wären; dagegen müsse der Strafantrag nach § 128 (geheime Verbindung ohne jenen besonderen Zweck) aufrecht erhalten werden, denn daß eine geheime Verbindung bestanden, gehe hervor aus dem Treda, den die Angeklagten verfolgten, nämlich die Wahl des Angeklagten Jochem zum Reichstagsabgeordneten durchzuschießen. Eine Wahlagituation könne überhaupt nur stattfinden, wenn eine gewisse Organisation vorhanden ist. Bei unter den obwaltenden gesetzlichen Verhältnissen eine derartige Verbindung bei den hiesigen Sozialdemokraten notwendig, so habe auch hier eine solche stattgefunden. Demnächst sucht die hgl. Staatsanwaltschaft darzuthun, daß auch die Ausfahrten nach Aahlberg, Hela und die sonstigen Zusammenkünfte politische Zwecke gehabt hätten, daß das Zusammentreffen mit Gejüngern genossen aus Ebing in Aahlberg kein zufälliges gewesen, sondern vielmehr verabredet gewesen sei. Schließlich beleuchtete der Staatsanwalt die Beteiligung der einzelnen Angeklagten und beantragte, dieselbe Strafe über sie zu verhängen, auf welche am 28. Mai v. 3. erkannt worden ist. Gegen den Angeklagten Alex, der am 28. Mai nicht in Frage kam, wurde die gleiche Strafe wie gegen den Angeklagten Jochem, nämlich 2 Monate Gefängnis, beantragt.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Kerush, hebt hervor, daß das Reichsgericht in dem Freiburger Prozeß ausdrücklich festgestellt habe, daß zu dem Begriffe „Verein“ gehöre, daß ein solcher auf längere Zeit geschlossen ist und alle Beteiligten sich einem Gesamt-Willen unterordnen. Dies sei hier nicht geschehen, mithin habe auch keine Verbindung stattgefunden. Die Mitteilungen des Hrn. Criminalpolizei-Inspectors Richard beruhten lediglich auf Angaben eines Dritten, der durch den Herrn Polizeipräsidienten gedeckt wurde und daher hier nicht vernommen werden konnte; da aber von einem „Verräther“ nicht viel Moral zu erwarten sei, so dürfe auf diese Angaben überhaupt kein Gewicht zu legen sein. Hiermit fällt auch das letzte Belastungsmoment gegen die Angeklagten fort. Der Vertheidiger beantragte daher, sämtliche Angeklagten freizusprechen.

Demnächst suchen die einzelnen Angeklagten nachzuweisen, daß sie keiner geheimen Verbindung angehören, sich vielmehr in erlaubter Weise an der Wahl beteiligt hätten. Angeklagter Jochem meint, wenn die freie Wahl in der Art und Weise unterdrückt werde, wie es im vorliegenden Falle geschehen, dann sei das Wählen kaum etwas anderes als eine Komödie. Der Angeklagte Alex erklärt die Folgerungen der Anklage für gerade so unlogisch, als wenn man einen Holzhändler, der Holz die Weichsel herunterlösen läßt, aus welchem Gründen gefeuert werden, mit denen ein Kind spielerisch ein Haus anzeigt, wegen Brandstiftung anklagen wollte. Sämtliche Angeklagten bitten um ihre Freisprechung.

Um 12 Uhr Mittags zog sich der Gerichtshof zur Urteilsfassung zurück. Nach einstündigem Berathen wurde dasselbe dahin verkündigt, daß alle 21 Angeklagten des Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzbuchs schuldig befunden seien. In der Motivirung hob der Vorsitzende hervor, daß sich in dem thatlichen Verweisergebnis gegen die erste Verhandlung nichts geändert habe. Es komme selten vor, daß sich in den Zeugenaussagen nach Verlauf von fast einem Jahre noch eine solche genaue Übereinstimmung mit dem früher Bekundeten ergebe, wie es in diesem Prozeß der Fall gewesen sei. Was die Rechtsfrage anbetrifft, so musste der Gerichtshof aus den vom Reichsgericht angeführten Gründen von der Bestrafung aus § 129 des Strafgesetzbuchs Abstand nehmen, es erfolgte also in dieser Beziehung Freisprechung; dagegen mußte die Verurtheilung auf Grund des § 128 derselben Gesetzes aufrecht erhalten werden. Die Annahme der Angeklagten, daß ihnen etwas Ungesetzliches nicht nachgewiesen sei und sie daher freigesprochen werden müßten, sei eine Irrige. Aus dem Zusammenhange aller von den Angeklagten selbst zugestandenen Thatfällen, die einzeln nicht strafbar sind, ergebe sich aber, daß sie eine Vereinigung gebildet haben, deren Zweck ebenfalls nicht strafbar war, die aber als eine „geheime“ Verbindung gegen den

S. 128 des Strafgesetzbuchs verstöse. Durch die gemeinschaftlichen Spaziergänge, Zusammenkünfte etc. sei erwiesen, daß in der That eine Verbindung existirt habe, welche freilich keine ungeheilichen Zweck verfolgt, sondern nur die Wahl eines socialdemokratischen Kandidaten in den gesetzgebenden Körper herbeizuführen beabsichtigt habe. Haben die Angeklagten aber keine ungeheilichen Zwecke verfolgt, so mußten auch die in der ersten Verhandlung festgesetzten Strafen herabgemildert werden. Demnach sei gegen die Angeklagten Jochem, Dorowski, Lieb (früher zu 2 Monaten verurtheilt) und Alex eine zweiwöchentliche, gegen Frohwert, Krüger und Lottermofer (früher zu 6 Wochen verurtheilt) eine zweiwöchentliche und gegen die anderen 14 Angeklagten (am 28. Mai zu 1 Monat verurtheilt) eine einwöchentliche Gefängnisstrafe erkannt.

Bermischte Nachrichten.

* [Ausgrabungen Schliemanns.] Aus Cairo wird der „Frankl. Blg.“ geschrieben: Wie bereits berichtet, ist Herrn Dr. Schliemann von der Regierung die Genehmigung erteilt worden, in der Nähe Alexandriens Nachgrabungen anzustellen. Er hat sofort seine Arbeiten begonnen, welche bereits von einem ersten Erfolg gekrönt sind. In der Nähe der Locomotivedepots der Alexandria-Ramleh-Eisenbahn sind von den Arbeitern drei Stufen bloßgelegt worden, welche man für den Anfang einer langen Treppe hält. Man hat auch die Fundamente eines Palastes gefunden. Dr. Schliemann ist unermüdlich und verläßt die Nachgrabungen, welche er Sonnen-Aufgang bis Sonnen-Untergang selbst überwacht, nicht einen Augenblick.

* [Telegraphische Irthümer.] Das Wiener „Tremdenblatt“ berichtet: Das berühmt gewordene „fehlende Nicht“ hat einen Pendant erhalten. Das gemeinsame Finanzministerium hat dieser Tage den Armen der Stadt Sarajevo telegraphisch eine Unterstützung von 500 Fl. angewiesen. Der Telegraphenbeamte, welcher die Depesche aus Wien abgab, lieferte — um mit einem Fachausdruck zu reden — ein gutes „Spiel“, indem er den 500 Fl. einen Einser vorstelle. Der Beamte in Sarajevo aber — auch kein schlechter „Spieler“ — legte zu den 1500 noch ein Zahlenein, weshalb die avisirte Summe auf dem zugesetzten Amsteltelegraphen-Formular auf 1500 Fl. angesetzt erschien. Die bosnische Regierung geriet ob dieser Freigiebigkeit in einen Freudentaumel und begann sofort mit der Vertheilung der Unterstützung. Es waren bereits 6000 Fl. in Bewußtsein ausbezahlt — als sich der Irthum aufklärte. Gegen die schuldratenden Beamten wurde die Untersuchung eingeleitet.

* In Rüdershausen auf der Aar im Untertaunuskreise lebt, wie dem „Rh. C.“ geschrieben wird, ein Herr N., welcher bereits in der Mitte der 60er Jahre steht und seit etwa 40 Jahren eine Canaille trägt, welche durch ein um den Hals gelegtes Band festgehalten wird. Herr N. ist von Beruf Schneider und freibt nebenbei auch Landwirtschaft. Derselbe wurde in seiner Militärzeit wegen eines schweren Kopfleidens operiert und befindet sich seit dieser Zeit vollkommen wohl. Will Herr N. sprechen, dann hält er die Definition der Canaille zu. Die Sprache klingt eigenhümlich, die Worte sind aber ziemlich leicht zu verstehen. Bei rauer Witterung trägt N. ein Halsstück so vor die Definition der Canaille gebunden, daß die kalte Luft nicht direkt eingehatet wird.

Schiffs-Nachrichten.

Hopenhagen, 21. Februar. Der Dampfer „Gustav“, aus und von Gothenburg nach Danzig, ist laut Telegramm gestern Abend mit lechtem Kessel in Rönne eingelaufen und muß reparieren.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Februar. (Privatelegramm.) Die Petitions-Commission des Reichstags hat heute bei der Berathung einer Petition bezüglich der Misstände an der Berliner Productenbörse mit 11 gegen 6 Stimmen den Antrag Hegel angenommen, der sich vollständig auf den Standpunkt der Petenten stellt und die Eingabe dem Reichskanzler zur Erwägung überreicht, ob eine Abhilfe der vorhandenen Misstände auf rechtmäßiger Weise angezeigt sei.

Berlin, 24. Februar. (Privatelegramm.) In der Identitäts-Commission des Reichstags wurde der Antrag Büsing mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 24. Februar.
Ges. v. 23. Ges. v. 23.

Weizen, gelb 12 Orient-Ant. 50,50 50,20 April-Mai 162,00 161,20 75 russ.Ant. 75,80 75,50 Juni-Juli 168,50 165,70 Lombarden 31,40 31,50 Franzosen 86,88 86,70 April-Mai 119,20 118,70 Tred. Actien 139,10 139,08 Juni-Juli 123,00 122,70 Disc. Comm. 193,00 191,60 Deutsche Bk. 164,20 163,40 Laurahütte 90,30 90,50 Russ. Noten 160,60 160,50 Russ. Noten 168,15 168,30 Russ. Kurz 168,00 168,00 London Kurz 20,37 London Lang 20,29 April-Mai 25,00 25,00 Deut. Noten 160,60 160,50 Russ. 5% 44,50 44,50 March. Kurz 168,00 168,00 Sept.-Okt. 45,50 45,50 London Kurz 20,29 April-Mai 28,20 28,00 Russisch 5% 51,50 51,50 April-Mai 29,80 29,60 Russ. B. & A. 51,50 50,50 Mai-Juni 31,50 31,50 Disc. Privatbank 137,50 137,50 Deut. Delmühle 119,00 118,00 Mai-Juni 30,50 31,50 Russ. 5% 87,00 87,00 Russ. B. & A. 51,50 50,50 Russ. 5% 91,60 91,60 Russ. B. & A. 75,75 75,65 Russ. 4% 77,30 77,40 Russ. B. & A. 83,80 89,40 Danziger Stadtanleihe 103,75 Fondsbriefe: fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 24. Februar.

Weizen loco inländischer unverändert, transit matt, per Sonne von 1000 Kar. Feinglas u. rost 126—135/4 128—158 M. Br. hochbunt 126—135/4 128—158 M. Br. 92—155 bunt 126—135/4 124—155/4 100 M. Br. 92—155 rot 125—135/4 124—154 M. Br. 92—155 Regulierungspreis 128/4 bunt lieferbar trans. 122 M. inländ. 150 M. Auf Lieferung 128/4 bunt per April-Mai inländisch 156½ M. Br. 156 M. Br. transit 126½ M. bei per Mai-Juni transit 130 M. Br. 127½ M. Br. per September-Ok

Berliner Fondsborse vom 23. Februar.

Die heutige Börse eröffnete und verließ im wesentlichen in festerer Haltung; die Course schien auf speculativem Gebiet zumeist etwas höher ein und konnten sich im weiteren Verlaufe des Verkehrs gut behaupten und teilweise noch etwas bessern, da bei sehr zurückhaltendem Angebot sich belangreicheres Deckungsbedürfnis bemerklich machte. Das Geschäft entwickelte sichtheilweise etwas lebhafter, ohne daß die Umstände sich aber im allgemeinen sehr belangreich gestaltet hätten. Der Kapitalmarkt erwies sich für heimische solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich, der Hauptindustrie entsprechend, zumeist etwas besser stellen. Auch die Kassaperthe der übrigen Geschäftszweige zeigten feste Haltung bei mäßigen Umsätzen. Der Privat-Discount wurde unverändert

mit 1½ % nob. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien bei etwas besserer Notiz mäßig lebhaft; auch französische waren gut behauptet und ruhig. Von den fremden Fonds gingen russische Anleihen und Noten bei steigender Tendenz recht lebhaft um; ungarnische Goldnoten und Italiener erschienen gleichfalls etwas besser. Deutsche und preußische Staatsfonds fielen und in normalem Verkehr, inländische Eisenbahn-Prioritäten mehr gefragt. Banknoten fielen. Industriepapiere fielen und vereinzelt lebhafter; Monatsscheine etwas besser. Inländische Eisenbahnen fielen und mäßig belebt.

Deutsche Fonds.

	Russ. 3. Orient-Anleihe	5	56.00
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.25	49.70
do. do.	3½	101.20	83.10
Konsolidierte Anleihe	4	107.00	79.75
do. do.	3½	101.50	46.00
Glaats-Schuldbörsche	4	100.10	94.30
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3½	—	103.75
Weimr. Prov. Oblig.	4	103.00	100.00
Landisch. Centr.-Pfdbr.	4	102.10	90.00
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	98.70	95.70
Pommersch. Pfandbr.	3½	99.10	81.90
do. do.	4	102.90	76.80
Posenische neue Pfdbr.	3½	99.50	78.60
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	98.70	—
do. neue Pfandbr.	3½	104.40	—
Posenische do.	4	104.40	—
Preußische do.	4	104.40	—

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Sticke. 5. Anleihe	5	56.00
do. Sticke. 6. Anleihe	5	49.70
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	83.10
do. do.	3½	79.75
Italienische Rente	5	46.00
Rumänische Anleihe	5	94.30
do. fundierte Anl.	5	103.75
do. amort. do.	5	91.10
Ukr. Anleihe von 1866	1	—
Georgische Gold-Pfdbr.	5	81.90
do. Rente	5	76.80
do. neue Rente	5	78.60

Hypotheken-Pfandbriefe.

Doz. Hypoth.-Pfdbr.	5	—
Doz. Grundst.-Pfdbr.	4	101.70
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	102.50
Neiminger Hyp.-Pfdbr.	4	102.00
Nord. Gedr. Pfdbr.	4	101.80
Dom. Hyp.-Pfdbr.	2 u. 4. Gm.	109.60
do. Silber-Rente	4½	83.25
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	98.60
do. Papierrente	66.40	100.40
Golbrente	77.40	115.30
Ang. Ost. Pr. 1. Em.	74.00	103.00
Juli.-Engl. Anleihe	1870	102.00
do. do. do.	1871	83.35
do. do. do.	1872	83.35
do. do. do.	1873	83.35
do. do. do.	1875	80.75
do. do. do.	1877	81.90
do. do. do.	1880	95.25
do. Rente	1883	76.40
Hess.-Engl. Anleihe	1884	102.00
do. Rente	1884	83.40
Russ. 3. Orient.-Anleihe	5	50.25

Ausländische Fonds.

Dessert. Golbrente	4	87.25
Dessert. Papier-Rente	5	87.25
do. do.	4½	62.00
do. Silber-Rente	4½	63.25
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	98.60
do. Papierrente	66.40	100.40
Golbrente	77.40	115.30
Ang. Ost. Pr. 1. Em.	74.00	103.00
Juli.-Engl. Anleihe	1870	102.00
do. do. do.	1871	83.35
do. do. do.	1872	83.35
do. do. do.	1873	83.35
do. do. do.	1875	80.75
do. do. do.	1877	81.90
do. do. do.	1880	95.25
do. Rente	1883	76.40
Hess.-Engl. Anleihe	1884	102.00
do. Rente	1884	83.40
Russ. 3. Orient.-Anleihe	5	50.25

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl.	4	139.00
Baier. Präm.-Anleihe	4	129.00
Braunsch. Pr.-Anleihe	4	98.10
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105.30
Hamburg. 50flr.-Loose	3	139.90
St. Gallen. 50flr.-Loose	2½	132.70
Elbecker Präm.-Anleihe	3½	127.50
Dessert. Loose 1854	4	108.10
Doz. Cred.-L. v. 1854	—	—
do. Loose von 1860	5	109.40
do. do.	5	273.00
Obenburger Loose	3	132.50
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	129.20
Raab-Groß. 100flr.-Loose	4	96.30
Ruh. Präm.-Anl. 1894	5	137.50
do. do. von 1866	5	129.70
Ung. Loose	—	205.00

Bank- und Industrie-Aktionen.

Gothaer	—	77.30
Gothardbahn	—	31½
Grönpl. -Rub.-Bahn	—	71.20
Lüttich-Limburg	—	15.30
Desterr.-Franz. G.	—	31½
Desterr. Nordwestbahn	—	60.90
do. Lit. B.	—	31½
Reichenb.-Pardub.	—	3.81
Russ. Staatsbahnen	—	51.00
do. do.	—	—
do. Reichsbahn	—	137.50
do. do.	150.00	10
Darmstädter Bank	—	140.00
Deutsche Genossenschafts-B.	—	121.75
do. do.	163.40	9½
Efecten u. W.	115.70	10
do. Reichsbank	—	134.00
Hypo. Südweltbahn	—	3.29
do. do.	102.80	10
Disconto-Command.	191.60	10
Gothaer Gründ.-Bk.	58.00	—
Hamb. Commerz.-Bank	120.50	6½
Hannöversche Bank	113.60	7
Parib. do.	107.50	6
Brüssel	82.50	2½
Magdebg. Privat-Bank	113.50	47½
Meiningen. Anhalt.-Bk.	96.30	43½
Norddeutsche Bahn	156.90	10
do. do.	150.00	10
Desterr. Credit-Anstalt	—	8.12
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	53.75	2
Poener Provinz.-Bank	114.50	5½
Preuß. Boden-Credit.	109.50	5½
do. do.	135.00	10
Daniger Delmühle	118.00	9
do. Prioritäts-Act.	113.00	6
Imperials per 500 Gr.	7850	10
Dollar	15750	60
Leipziger Feuer-Versich.	62.75	2½
Bauverein Daisse	62.75	2½
do. do.	88.80	4
Deutsche Baugesellschaft	88.80	10
do. do.	173.00	10
Gr. Berlin. Pferdebahn	287.00	11½
Berlin. Dampf.-Fabrik	96.50	5

Ausländische Prioritäts-Aktionen.

Gothard-Bahn	—	187.10
Grönpl.-Doerf. gar.	—	19.50
do. do. Gold-Br.	—	102.40
do. do. Rub.-Bahn	—	71.40
do. do. Nordwestbahn	—	3.73
do. do. Elbhald.	—	84.70
do. do. Elbthald.	—	82.90
do. do. 5% Oblig.	—	57.00
do. do. Gold-Br.	—	101.60
do. do. Gold-Br.	—	100.75
Breit.-Graef.	—	77.90
Charl.-Kron. rrl.	—	87.25
Aktion der Colonie	—	7850
Leipziger Feuer-Versich.	—	15750
Bauverein Daisse	—	62.75
do. do.	88.80	4
do. do.	173.00	10
do. do.	287.00	11½

Eisenbahn-Stamm- und

Stamm - Prioritäts - Actien.	—	—

<tbl_r

Beilage zu Nr. 16939 der Danziger Zeitung.

Freitag, 24. Februar 1888.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Rache (Centr.): Ein abschließendes Urtheil über die Wirkungen des Gesetzes läßt sich jetzt noch nicht abgeben. Der wesentliche Rückgang des Consums ist wohl auf die Missgriffe bezüglich der Denaturierungsmittel zurückzuführen.

Geheimrath Boccius: Das Denaturierungsmittel ist auf Grund sehr eingehender Prüfung der hervorragendsten Sachverständigen beschlossen worden. Die Beschwerden haben sich bereits gemindert, nachdem seit dem 15. Dezember v. J. der Zusatz von Pyridinbasen auf die Hälfte herabgesetzt wird. Im übrigen betrachtet der Bundesrat die Materie nicht als abgeschlossen, sie ist vielmehr schon seit Monaten wiederum der sorgfältigsten Erwägung unterzogen.

Abg. Kalle (n.-l.) führt aus, daß bei der Contingentsierung die kleinen Brennereien schlecht wegkommen.

Abg. v. Hellendorf (cons.) ist der Ansicht, daß sich die Hauptvoraussetzungen des Gesetzes bewährt hätten. Die Differenzierung der Steuern werde in Zukunft größeren Effect haben, wie alle anderen Schritte, die jetzt in der Gesetzgebung gemacht sind. Dass den Brennern die Differenz von 20 Mk. zu gute komme, ist nicht begründet, weil ein großer Theil derselben durch den Zwischenhandel verloren geht.

Abg. Barth (freis.): Die Steuermasse sind von vornherein zu hoch gegriffen, und so mußte ein starker Rückgang des Consums folgen. Die Differentialsteuer hat nichts weiter zu Stande gebracht, als dieses Geschenk von 36 bis 40 Mill. von den Consumenten an die Producenten von Spiritus in Deutschland zu dirigieren. Die Differenz zwischen 70 und 50 Mk. bedeutet nichts anderes, als daß von jedem Hectoliter contingentirten Spiritus bezahlt werden 50 Mk. an den Reichsfiskus und die übrigen 18–20 Mk. an die privilegierten Brannweinbrenner, und da nun annähernd 2 Mill. contingentirten Spiritus producirt werden, so berechnet sich schon heut die Höhe dieses Geschenks auf 36 bis 37 Mill. Dass Ihnen dieses Geschenk durch den Rückgang der Preise nichts genutzt hat, hätten die Herren voraussehen sollen und deswegen gegen das Gesetz stimmen müssen. Wir sehen hier genau dasselbe Spiel wie bei der Zuckerkopoprämie. Auch diese hat den Steuerzahldern Millionen gekostet, aber den Producenten nichts genutzt, weil sie durch diese veranlaßt wurden, in unmäßiger Weise zu produciren und zu exportiren. Dadurch sind auf dem Weltmarkt die außerordentlich niedrigen Preise herbeigeführt worden. Diese Gesetzgebung hat andere Völker veranlaßt, sich dem deutschen Spiritus gegenüber so ablehnend wie möglich zu verhalten. Uebrigens möchte ich vor dem Glauben marnen, als ob der Preis des Spiritus nun bis ins Unendliche fallen würde. Das ist nur ein Übergangsstadium, weil noch aus der Production vor dem ersten Oktober ein großer Stoff vorhanden ist, der mit dem seitdem producirten durch den Consum nicht verschlungen werden kann. Es ist von dem Vertreter der Regierungen die Versicherung gegeben worden, die Berechtigungsscheine zum Vollpreise in Zahlung zu nehmen. Aus welchem Rechtsgrunde halten sich nun die Regierungen für berechtigt, die Scheine, die an der Börse mit 18 Mk. gehandelt werden, mit 20 Mk. in Zahlung

zu nehmen? Die Regierung erhebt zunächst 70 Mk. und dann zahlt sie dem Producenten 20 Mk. baar zurück. In dem Sinne, daß dadurch die Steuerzahler über dieses Geschenk aufgeklärt werden, würde ich diesen Vorgang mit Freuden begrüßen können.

Abg. v. Mirbach (cons.): Von einem Geschenk an die Producenten ist gar keine Rede. Wenn die Differenz im Steuersache nicht eingeführt wäre, würben die kleinen Betriebe gänzlich vernichtet sein.

Abg. Barth (freis.): Von allem consumirten Spiritus haben die Consumenten zu bezahlen 50 Mk. Pluswert des Berechtigungsscheines, also 68½ Mk. Consumsteuer. Von dieser liefern 50 Mk. in die Kasse des Reichsfiscus, 18½ Mk. in die der Brannweinbrenner. Wenn das kein Geschenk ist, so giebt es überhaupt keins. Wenn die Herren durch den Missbrauch desselben sich selbst schädigen, so verliert das Geschenk seinen Charakter als solches nicht.

Abg. v. Hellendorf (cons.): Die Darstellung dieser Sache als eines Geschenkes an einzelne Klassen ist nur auf Leute berechnet, die eine geringe Auffassungskraft haben. Ich finde dafür kein parlamentarisches Wort.

Abg. Barth: Meine Anschauung wird von jedem leidlich gebildeten Volkswirth als selbstverständlich angeschaut. Ähnliche Geschenke sind durch Ihre protectionistische Gesetzgebung gegeben worden, z.B. in der Form von Kornzöllen. Das ist des Pudels Kern; und es ist begreiflich, wenn hr. v. Hellendorf das Kind nicht beim rechten Namen nennen will.

Der Stat des Reichshaushalts enthält im Extraordinarium Tit. 4 den Beitrag zur Deckung der laufenden Ausgaben der Universität Straßburg von 400 000 Mark. Der Titel hat bisher im Ordinarium gestanden. Die Commission beantragt die Rückverteilung in dasselbe.

Abg. Petri - Straßburg (Hospit. der Nat.-Lib.) tritt nach einer lebhaften Schilderung der Bedeutung der Universität Straßburg im deutsch-nationalen Interesse für die Beibehaltung des bisherigen Modus ein.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich muß Sie an die Aenderung geknüpften Befürchtungen für übertrieben erklären. Straßburg ist keine Reichs-Universität, und die Verfassung zählt nirgends die Unterhaltung von Universitäten unter den Reichsaufgaben auf. Schon deshalb muß die Position in das Extraordinarium gestellt werden. Gleichwohl werde ich einem anders ausfallenden Beschlus des Hauses im Bundesrat das Wort reden, um den Elßässern zu zeigen, daß wir auf alle Weise bestrebt sind, derartige Befürchtungen zu zerstreuen, und ich wünsche, daß die warmen Worte des Abg. Petri einen allgemeinen Wiederhall bei seinen Landsleuten finden mögen. (Beifall.)

Abg. Fürst Hahlfeldt (Reichsp.) empfiehlt gleichfalls den Beschlus der Commission.

Abg. Rickert freut sich über die zustimmende Erklärung des Ministers v. Bötticher zu den Ausführungen des Abg. Petri und hofft, daß sich diese Zustimmung auch erstrecken werde auf die Ausführungen Petris in Betreff der Behandlung von Elßach-Lothringen und der Vermeidung von kleinen Polizeimacharegeln, welche keine Sympathieen in der dortigen Bevölkerung erregen könnten. Die Action des Bundesraths — es handle sich wohl um eine solche und nicht um eine Anregung der Reichsregierung — sei eigenhümlicher Natur; er hätte gewünscht, sie hätte sich auf andere Gegenstände

gerichtet. Wenn Bundesrat und Reichstag einig darin seien, daß der Zuschuß dauernd bewilligt werden solle, so stehe die Position ganz richtig im Ordinarium. Zu künftigen Beschlüssen sei damit nicht präjudiziert. Der Reichstag habe den Zuschuß für die Dauer bewilligen gedeckt durch das vorhandene Staatsvermögen an Eisenbahnen, Domänen, Forsten, Bergwerken. Das Reich aber hat, abgesehen von den Eisenbahnen in Elßach-Lothringen, nicht derartige Einnahmequellen.

Abg. Windthorst erklärt sich ebenfalls für den Antrag der Commission, der darauf einstimmig angenommen wird.

Der Stat des Reichsinvalidenfonds wird ohne Debatte bewilligt.

Beim Stat des Allgemeinen Pensionfonds richtet

Abg. Struckmann (n.-l.) an den Kriegsminister die Bitte, gefällig darauf hinzuwirken, daß den pensionirten Offizieren, wenn sie in den Communaldienst treten, künftig nicht mehr die Militärpension verkürzt werde; besonders gegenüber den vermündeten Offizieren sei das eine Grausamkeit, die man abstellen müsse. Eine weitere Ungerechtigkeit gegen die Offiziere liege darin, daß den Offizieren bei dem Eintritt in den Communaldienst die gelebten Jahre nicht angerechnet würden, während das bei den Civilbeamten stets geschehe.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff sagt zu, daß die Militärverwaltung auf die Beseitigung dieser Unmöglichkeiten hinstreben werde. Bei den vermündeten Offizieren ist eine Verkürzung der Pension nicht zulässig.

Wenn man aber einmal an die Ausgleichung der Unterschiede gehe, so müsse man überhaupt den allgemeinen Unterschied verschwinden lassen zwischen dem Princip der Fortzahlung der Militärpensionen bei der Anstellung im Staatsdienst und bei der Anstellung im Communaldienst; denn wenn bei dem Eintritt in den Staatsdienst die Pension gekürzt würde, bei dem Eintritt in den Communaldienst aber nicht, so würden nun alle Offiziere und Unteroffiziere sich den Communen zuwenden.

Abg. Struckmann: Man sollte sich zunächst auf diejenigen Militärbeamten beschränken, welche im Communaldienst thätig sind. Hier ist die Incongruenz am größten.

Minister Bronsart v. Schellendorff: Das wird nicht möglich sein, weil sonst eine nicht unbegründete Unzufriedenheit der Militärbeamten im Staatsdienst entstehen könnte.

Beim Stat der außerordentlichen Zuschüsse bemerkt zu Kap. 23 Tit. 2 — einmalige Ausgaben der Marineverwaltung —

Abg. Kalle (n.-l.): Es sei zu einer vorsichtigen Finanzierung nötig, regelmäßige Ausgaben nicht aus Anleihen zu decken, sondern auf die Einnahmen zu übernehmen. Das ganze Amortisationswesen bedürfe einer genauen Regelung. Nach Lage unserer Finanzen sei 1 p.C. als Minimum zur Amortisation anzusehen.

Director im Reichshaushalt Aschenborn bemerkt, daß die Finanzverwaltung in dieser Beziehung nichts versäumt, sondern seit Jahren planmäßig darauf Bedacht genommen habe, die Ausgaben auf die Einnahmen zu übernehmen.

Abg. v. Bennigsen (n.-l.) erkennt an, daß die Finanzverwaltung eine vorsichtige Finanzierung habe eintreten lassen. Es sei aber noch die Frage zu erörtern, ob nicht hinsichtlich der bereits im großen Maße

aufgenommenen Anleihen man zu einem System regelmäßiger Tilgung übergehen solle, was für eine ganz solide Finanzverwaltung durchaus nothwendig sei. In Preussen würden die sehr hohen Anleihen vollständig gedeckt durch das vorhandene Staatsvermögen an Eisenbahnen, Domänen, Forsten, Bergwerken. Das Reich aber hat, abgesehen von den Eisenbahnen in Elßach-Lothringen, nicht derartige Einnahmequellen.

Director Aschenborn macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß auch das Reich Aktiv-Vermögen und Betriebsverwaltungen habe, und erinnert an den Reichskriegsschatz, den Reichsinvalidenfonds.

Abg. Schröder (freis.): Ich bin der Ansicht, daß man so bald als möglich zur Amortisation der Staatschulden übergehen muß, und dazu wäre dieses Jahr günstiger als die vorigen Jahre, weil wir einen Überschuss von 40 Mill. zu verzeichnen haben, der nun allerdings den Bundesstaaten überwiesen wird. Die Einzelstaaten werden auch in Zukunft sofort auf die Reichsüberschüsse Beschlag legen, wenn wir nicht dazu übergehen, feste Ausgaben für die Amortisation einzustellen. Bis zur Steuerreform in den Einzelstaaten möchten wir das doch nicht ausschieben, und ich wünsche auch garnicht, daß die Einzelstaaten durch eine Steuerreform ihre Einnahmen erhöhen, sondern daß sie sich mit dem begnügen, was sie von dem Reich bekommen.

Abg. Frhr. v. Molhahn (cons.): Wenn ich nicht die Einstellung einer Summe zur Amortisation beantragt habe, so geschah das in der Erwägung, daß einmal der Zeitpunkt nicht günstig ist, und daß überhaupt die Initiative dazu von den verbündeten Regierungen ausgehen muß.

Das Statsgesetz und das Anleihegesetz werden angenommen.

Zur Beratung steht ferner folgende von der Budgetcommission beantragte Resolution: „den Reichskanzler zu ersuchen, bei der Vorlage des Reichshaushaltsets für 1889/90 eine Vereinfachung und größere Übersichtlichkeit insoweit in Aussicht zu nehmen, daß getrennt von den übrigen Einnahmen und Ausgaben in einem außerordentlichen Etat dasjenige in Ausgabe und Einnahme erscheint, wofür nicht aus laufenden Einnahmen, sondern durch Anleihebeträge oder aus besonderen Fonds und Verpflichtungen die Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden.“ — Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Danzig, 24. Februar.

* [Gewerbe-Verein.] In der gestern hier abgehaltenen General-Versammlung erstatteten der stellvertretende Vorsitzende, hr. Schütz, und der Schriftführer, hr. Hirschberg, die Thätigkeitsberichte pro 1887/88. Danach beträgt die Mitgliederzahl 406, das Vermögen des Vereins, größtentheils in den Grundstücken steckend, 72 533 Mk. Die Hilfskasse des Vereins arbeitet mit einem Fonds von 20 000 Mk. Die Bibliothek wurde von 935 Lesern benutzt und hat einen Bestand von 3445 Bänden. Die in Gemeinschaft mit den Institutionen unterhaltene Lehrungs-Fortbildungsschule

wird von 362 Schülern, die Mädchen-Fortschulungsschule von 16 Schülerinnen besucht. Die Gottfried Emanuel Preußische Stiftung hat ein Vermögen von 13 912 Mk. und unterstützt aus den Jinsen alte arme Handwerker. Das Stiftungsfest soll diesmal am 11. November begangen werden, an welchem Tage der Verein 60 Jahre besteht. Schließlich besprach Herr Stadtrath Helm die hier von Herrn L. F. Krüger seit gehaltenen Kohlenanzünder, welche sehr praktisch und empfehlenswerth seien.

* [Einrichtung bürgerlicher Wirthschaften.] Der Wanderinstructor des Centralvereins westpreußischer Landwirthe, Landgeschworener Nobis, wird auch in diesem Frühjahr wieder behufs Errichtung bürgerlicher Wirthschaften die Provinzbereisen. Bäuerliche Wirthschaften, welche ernstlich bestrebt sind, ihren Wirthschaften durch Bervollkommnung derselben höhere Erträge abzugewinnen und welche zu dem Zwecke sich der Beihilfe des Herrn Nobis bedienen wollen, damit er ihre Felder in Schläge theile, eine den Verhältnissen entsprechende Fruchtsorte feststelle, über Ackerung, Viehhaltung, Düngerbereitung, über Geräthe und Maschinen etc. ihnen Rath ertheile, haben ihre Bewerbungen unter Angabe wenigstens der ungefährten Größe der einzurichtenden Acker- und Wiesenflächen und des darauf gehaltenen Zug- und Nutzviehes bis zum 15. April durch den Vorstand des nächstens landwirtschaftlichen Vereins oder durch das Landratsamt ihres Kreises der Hauptverwaltung des Centralvereins westpreußischer Landwirthe zukommen zu lassen.

* [Kirchliches.] Die Stats der hiesigen Katharinenkirche für die drei Rechnungsjahre pro 1. April 1888/89 bis 1890/91 sind wie folgt festgestellt worden: der Stat der Kirche auf 10 704 Mk. 52 Pf., des Fonds zur Verbesserung der Prediger-Gehälter auf 2417 Mk. 65 Pf. und des Glockenspiels auf 919 Mk. 63 Pf.

* [Feuer.] Gestern Nachmittag waren in dem Hause Brabank Nr. 8 beim Aufthauen der Wasserleitung die dort im Kellergeschoss sich befindenden Rästen, Bretter, Stroh ic. in Brand gerathen. Die herbeigerufene Feuerwehr gab mit einer Spritze Wasser und löschte somit das Feuer in kurzer Zeit.

Bladian (Dr. Heiligenbeil), 23. Februar. Vor etwa zwölf Jahren wurde in einer, zu dem Gute Rauschnick gehörigen, mit Bäumen dicht bestandenen Schlucht die Leiche eines anscheinend ermordeten Mannes aufgefunden. Die Leiche war völlig nackt und bereits so stark in Verwesung übergegangen, daß sie nicht mehr recognoscirt werden konnte; der Hals war mit einem starken Stricke fest umschlungen. Es curstie damals das Gerücht, daß diese Leiche die eines Pferdehändlers Schwarz aus Danzig sei, der in jener Zeit zuletzt auf dem großen Königsberger Pferdemarkt gewesen war, sich von da mit Fuhrwerk nach der Provinz auf Pferdehandel begeben hatte und dann plötzlich spurlos verschwunden war. Als mutmaßliche Mörder gierthen damals drei Personen aus unserem Nachbardorfe Lank in Verdacht, von welchen zwei bereits längere Freiheitsstrafen wegen schwerer Eigentumsverbrechen hinter sich hatten. Das gegen sie eingeleitete Verfahren mußte indeß eingestellt werden, weil den Leuten außer geringfügigen Widersprüchen nichts nachgewiesen werden konnte.

Jetzt ist das Verfahren aber von neuem aufgenommen und auch bereits der eine von den Verdächtigen in Haft genommen worden. Eine Gerichtsdeputation aus Heiligenbeil war dieser Tage hier und auch in Lank und es sind von dieser Menge von Zeugen vernommen worden. Die Hauptbelastungszeugin, ein junges Mädchen, welches sich in jenem Jahre, als die Leiche gefunden wurde, bei dem Verhafteten in Pflege befand, will an einem Abende wahrgenommen haben, daß drei von ihr bestimmt bezeichnete Personen, darunter auch ihr Pfleger, auf einem Wagen eine Leiche nach Hause gebracht und in einem Schuppen verborgen, darauf in der Stube sich fortwährend von einem Todten unterhalten hätten. Am nächsten Abende wäre ihr Pfleger und noch einer mit der Leiche fortgefahren. Nach ihrer Rückkehr hätten sie in der Stube der Wirthin des Verhafteten erzählt, daß sie den Todten in der Rauschnicker Schlucht vergraben hätten. Einer der drei Verdächtigen, welcher zur Zeit eine langjährige Strafe im Zuchthause zu Wartenburg absüßt, hat einem in Lank ansässigen Dachdecker, als derselbe vor einigen Jahren gleichfalls im Zuchthause zu Wartenburg saß, mitgetheilt, daß Schwarz wirklich von ihnen ermordet worden sei, als sie mit ihm auf einem Wagen vom Königsberger Pferdemarkt gekommen seien. Der jetzt Verhaftete hätte demselben von hinten einen Strick um den Hals geworfen und ihm dann mit dem Messer einen Stich in die Brust beigebracht. Schwarz hätte viel Geld bei sich gehabt, auch eine goldene Uhr, und diese hätte die Wirthin des Verhafteten bekommen. (R. S. 3.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 23. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinische loco 162 bis 172. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 120 bis 126, russischer loco ruhig, 90-96. Hafer still. Gerste still. Kübel seit, loco 47. — Spiritus geschäftslös, per Februar-März 20^{1/2} Br., per März-April 20^{1/2} Br., per April-Mai 20^{1/2} Br., per Mai-Juni 20^{1/2} Br. Kaffee flau. Umsatz 2000 Sach. — Petroleum behauptet Standard white loco 7,20 Br. — Wetter: Frost.

Hamburg, 23. Februar. Zuckermarkt. Rübenrohzucker 1. Product. Basis 88% Rendem., frei an Bord Hamburg per März, 14,40, per April 14,45, per November 12,80, per Dezember 12,80. Fest.

Hamburg, 23. Febr. Kaffee good average Santos per März, 56, per Mai 56^{1/2}, per Septbr. 53^{1/2}, per Dezember 52^{1/2}. Behauptet.

Havre, 23. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 69,00, per Mai 69,00, per Aug. 66,50, per Dezbr. 63,50. Verkäufer.

Bremen, 23. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.)

Beier. Standard white loco 7,20 bez. und Br.

Frankfurt a. M., 23. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 214^{1/2}, Framsoen 173^{1/2}, Lombarden 61^{1/2}, Galtier 153^{1/2}, Aegyptier 75,15, 4% ungar. Goldrente 77,30. 1880er Russen 75,80, Gotthard-Bahn 112, Disconto-Commandit 188,10. Fest.

Wien, 23. Februar. (Schluß-Courier.) Deiterr. Papierrente 77,62^{1/2}, do. 5% do. 92,45, do. Silberrente 79,00, 4% Goldrente 108,25, do. ungar. Goldr. 96,75, 5% Papierrente 82,80. 1854er Loosse 130,50, 1860er Loosse 133,00. 1864er Loosse 166,90. Creditloose 176,00, ungar. Prämienloose 119,50. Creditactien 268,50, Framsoen 215,00, Lombarden 77,75, Galtier 191,50, Lemb.-Cern. 207,00, Gardub. 145,75, Nordwestbahn 152,50, Elbehalb. 155,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 178,25. Böh. West. — Nordbahn 2437,00, Unionbank 187,75, Anglo-Aust. 99,50, Wiener Bankverein 80,75, ungar. Creditactien 269,75, deutsche Blätter 62,30, Londoner Wechsel 127,00, Pariser Wechsel 50,30, Amsterdamer Wechsel 105,35, Napoleons 10,05^{1/2}, Dukaten 5,98,

Marknoten 62,27^{1/2}, russ. Banknoten 1,04^{1/2}, Gilbercoupons 100,00, Länderbank 203,25, Tramway 203,25, Tabakactien 71,60, Budapesterbahn 217,50.

Amsterdam, 23. Febr. Getreidemarkt. Weizen geschäftslös. Roggen per März 103—102, per Mai 102—101, per Oktober 105—104.

Antwerpen, 23. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffineries, Lippe weich, loco 18^{1/2} bez. und Br., per März 18^{1/2} bez., 18^{1/2} Br., per April-Juni 17^{1/2} Br., per Sept.-Dez. 17^{1/2} Br. Fest.

Antwerpen, 23. Febr. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer schwach. Gerste unverändert.

Paris, 23. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.)

Weizen fest, per Februar 24,30, per März, 24,25, per März-Juni 24,25, per Mai-August 24,40. Roggen ruhig, per Febr. 13,80, per Mai-August 14,40. Hafer fest, per Februar 52,10, per März 52,30, per März-Juni 52,50, per Mai-August 52,75. Kübel mait, per Febr. 50,25, per März 50,50, per März-Juni 49,75, per Mai-August 50,25. Spiritus träge, per Februar 45,75, per März 46,25, per März-April 46,25, per Mai-August 46,50. — Wetter: Schnee.

Paris, 23. Februar. (Schlußcourier.) 3% amortisirbare Rente 35,02^{1/2}, 3% Rente 81,97^{1/2}, 4^{1/2}% Anleihe 106,45, üallen. 5% Rente 93,75, österreichische Goldrente 87,4% ungar. Goldrente 77^{1/2}, 4% Russen 1880 76^{1/2}, Franzosen 43,00, Lomb. Eisenbahnactien 170, Lombard. Prioritäten 281,00, Convert. Türken 14,02^{1/2}, Türkenecho 35,40, Credit mobilier 303, 5% Spanier 67, Banque ottomane 500,31, Credit sonzier 1372, 4% unif. Aegyptier 378,12, Guei-Actien 2115, Banque de Paris 740,00, Banque d'escrime 455,00, Wechsel auf London 25,25^{1/2}, Wechsel auf deutsche Blätter (3 Mt.) 123^{1/2}, 5% privil. türk. Obligationen 362,00, Panama-Actionen 268,00, Rio Tinto 485,00.

Paris, 23. Februar. Bankausweis. Baarporrath in Gold 117,800,000, Baarvorrath in Silber 1,194,900,000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 578,500,000, Notenumlauf 2,742,100,000, laufende Rechnung der Privaten 385,600,000, Guthaben des Staatschusses 149,200,000, Gefammtvorläufe 262,800,000 Zins- und Discont-Erfüllungen 16,000,000 Fras. Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 84,34.

London, 23. Februar. Bankausweis. Totalreserve 15,598,000, Noten-Umlauf 22,979,000, Baar-Vorrath 22,377,000, Portefeuille 19,450,000, Guthaben der Privaten 22,567,000, Guthaben des Staats 10,588,000, Notenreserve 14,090,000, Regierungssicherheit 16,281,000 Lstr. Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven 46^{1/2} gegen 46^{1/2} in der Vorwoche.

London, 23. Februar. Consols 102^{1/2}, 4% preuß. Consols 105, 5% italien. Rente 92^{1/2}, Lombarden 6^{1/2}, 5% Russen von 1871 90^{1/2}, 5% Russen von 1872 89, 5% Russen von 1873 90^{1/2}, Convert. Türken 13^{1/2}, 4% fundirte Amerikaner 128^{1/2}, Deiterr. Silberrente 62, Deiterr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76^{1/2}, 4% Spanier 66^{1/2}, 5% privil. Aegyptier 101^{1/2}, 4% unif. Aegyptier 74^{1/2}, 3% gar. Aegyptier 103^{1/2}, Ottoman-Bank 9^{1/2}, Guei-Actien 83^{1/2}, Canada Pacific 58^{1/2}, Convertirte Mexikaner 35^{1/2}, Silber 2,00, Golddiscont 17^{1/2} Proc. Wechselnotirungen: Deutsche Blätter 20,50, Wien 12,85, Paris 25,44, Petersburg 19^{1/2}.

Glasgow, 23. Februar. Rosetten. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 sh. 2^{1/2} d.

Newark, 23. Febr. Wechsel auf London i. G. 4,85, Rothe Weizen loco 0,90%, per Februar 0,88^{1/2}, per März 0,88^{1/2}, per Mai 0,90%. — Mehl loco 3,15. — Mais 0,60^{1/2}, Fracht 1^{1/4}. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4^{1/2}.

Productenmärkte.

Königsberg, 23. Februar. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen per 1000 Kilogr. hochbunfer 134,5^{1/2} 156, russ. 132^{1/2} 128 M. bei, bunter 128^{1/2} 151, russ. 111^{1/2} 108, 113^{1/2} und 114^{1/2} 110, 121^{1/2} 112, bei, 111, 125^{1/2} 124, 128^{1/2} 126, 126, 50, 130^{1/2} grau 127,50 M. bei, rother 128^{1/2} 154 M. bei. — Roggen per 1000 Kilogr. Inland. 117^{1/2} 93,75, 120^{1/2} 98, 121^{1/2} 99,25, 122^{1/2} 101,25, 124^{1/2} 103,75, 125^{1/2} 105 M. bei, russ. ab Bahn 110^{1/2} 58,50, 111^{1/2} 59,50, 118^{1/2} 67, 67,50, 119^{1/2} 68 M. bei.

— Gerste per 1000 Kilogr. große 94^{1/2}, 97 M. bei, kleine 91 M. bei. — Hafer per 1000 Kilogr. 92, 96, 98, 100, 102 M. bei. — Erbsen per 1000 Kilogr. weiße 86, große 95 M. bei, grüne 91 M. bei. — Bohnen per 1000 Kilogr. 88,75, russ. Bierde 106 M. bei. — Widen per 1000 Agr. 95,50, 96,50, 97,75, russ. 80, 82,25 M. bei. — Spiritus per 10,000 Liter % ohne

Fak. loco contingentiert 46^{1/2} M. Gd., nicht contingentiert 27 M. bez., per Februar contingentiert 46^{1/2} M. Gd., nicht contingentiert 27 M. bez., per Frühjahr contingentiert 49 M. Gd., nicht contingentiert 31 M. Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Berliner Markthallen-Bericht.

Berlin, 22. Februar. (Amtlicher Bericht der Direction.) Marktlage. Fleisch. Gehr starke Zufuhr, stilles Geschäft. Preise wenig verändert. Wild und Geflügel. Rehe gesucht und höher bezahlt. Im übrigen unverändert. Fische. Die Zufuhr in lebendem und Eisfischen war durchaus ungünstig. Schellfisch traf wegen der geförbten Verbindung garnicht ein. Gonat brachten die Auctionen hohe Preise und das Geschäft war nennlich lebhaft. Butter. Die Zufuhren waren mäßig, das Geschäft lebhaft. Preise zogen etwas an. Gemüse und Obst. Die Stimmung war für alle Gemüsearten recht fest. Acker im allgemeinen knapp für gehobne gute Qualität wurden höhere Preise bezahlt. Gübfrüchte unverändert. Fleisch. per 50 Kilogramm: Rindfleisch Ia. 52 bis 53 M. do. IIa. 38 bis 47 M. do. IIIa. 27 bis 35 M. Schweinefleisch 35 bis 44 M. Kalbfleisch Ia. 53—55 M. do. IIa. 30—48 M. Hammelfleisch Ia. 43—48 M. do. IIa. 35—40 M. Schinken geräuchert 65—85 M. Speck ger. 50—60 M. — Wild und Geflügel. per 1/2 Kilogr. Damwild 0,40—0,75 M. Rothirsch 0,30—0,50 M. Rehe 0,90—1,05 M. Wildschweine 0,40—0,75 M.; per Stück: Schneehühner 0,90—1,10 M. Birkhähne 1,50—2,00 M. Fasanen 2,75—4,00 M. Puten 3,00—3,50 M. Enten fette, 1,50—2,25 M. magere 1,20 bis 1,60 M. Hühner, alte, 1,20 bis 1,70 M. junge, 0,80 bis 1,00 M. Tauben per Paar 0,70—1,00 M. — Zitche und Gahltiere. per 50 Kilogr.: Helle 65—70 M. Gänse 75—85 M. Barfe 50—60 M. Bleie 42—48 M. Zander 75—90 M. Aale, große 110—120 M. mittelgroße 80—90 M. kleine 60—70 M. Kartoffeln 55—70 M. Ofenkartoffeln grob u. mittel 170 M. Lachsforellen 150 bis 200 M. Seerungen 130 M. Steinbutten 130—140 M. Schollen, gr. 30—40 M. Hummer 50 Kilogr. 2,20 M. Krebse, große, per Stück 6 bis 12 M. mittelgroße 12—15 Cm. 3—5 M. kleine 10—12 Cm. 2,00 M. Ofenkartoffeln (ger.) per 50 Kilogr.: 120—200 M. Aale (ger.) große 1—1,10 M. Bücklinge per Wallia. 3—4 M. Flundern (ger.) pompa, per Stück 1,50 M. — Butter, Eier und Käse. Feinstes Butter (von früher Gahne) per 50 Kilogr.: 108 M. ost- und westl. Ia. 98—100 M. IIa. 95—98 M. Holsteiner und Mecklenburger Ia. 100—105 M. schlesische, pommerische und polnische Ia. 100—105 M. Landbutter 65—85 M. — Eier per Stück ohne Käse prima 3,25 M. — Käse per 50 Kilogr.: Importierte Emmenthaler 84—87 M. Edamer 72—75 M. Emmenthaler 100 Gr. 18—20 M. Chäser Victoria 125 M. bairischer Emmenthaler 55—60 M. Schweizer Käse, westl. 50 M. Edamer 65—68 M. Limburger Alpenkäse, Berg 40—42 M. Limburger 31—33 M. Tilsiter Käse, fett Ia. 65—70 M. Backstein-Käse Ia. 22—24 M. do. IIa. 14—18 M. do. IIIa. 8—12 M. Käse für frische Ia. per 50 Kilogr. 150 M. — Gemüse und Früchte. Speisekartoffeln per 50 Kilogr. weiße runde 2,00 M. do. lange 2 M. do. Döber 2,25—2,50 M. Zwiebeln 8,00—9,00 M. Röhlüben weiße 1,00—1,25 M. do. gelbe 1,00—1,25 M. Mohrrüben lange per 50 Liter 1,25—1,50 M. Karotten 1,50 M. Zelten. Rübchen edle per 50 Liter 1,00 M. Weißkohl per Stück 3,50 bis 6,00 M. Rötkohl 4,50—6,00 M. Wirsingkohl 11,00 bis 14,00 M. Blumenkohl, italienischer per 100 Kopf 20 bis 25 M. Röpfkohl französischer 11—14 M. — Döpf per 50 Kilogr.: Röhpäfel div. Sorten 7,50—8,50 M. Apfelpäpfel 5,50—14,00 M. italienische 10—18 M. Kochbirnen 7—10 M.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 23. Februar. Wind: O. Angekommen: Brunette (G.D.). Trop. London, leer. Gefegelt: Berlin (G.D.). Jensen, Dünkirchen, Melasse.

24. Februar. Wind: O. Nichts in Sicht.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorner, 23. Februar. Wasserstand: plus 0,78 Meter. Wind: N. Wetter: 17 Gr. Frost, etwas Schneefall.

Verantwortliche Redaction: für den politischen Theil und vermischt Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Juventil mit literarischen Theilen, — den lokalen und provinzialen Handels-, Machine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: M. Wein, — für den Naturtheil: W. Klemm, sämtlich in Danzig.